

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einlösung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 46.

Sonnabend, den 16. November 1912.

16. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — **Error der Oberlausitzer Granitindustriellen.** — Die christlichen Gewerkschaften unter päpstlicher Polizeiaufsicht. — Eine Petition der Chemnitzer Steinmetzen. — Christliches aus Hammelsbach. — Herr Fromm wiederum reingefallen. — Korrespondenzen. — Steinausschreibungen. — Rundschau. — Literarisches. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Lohnbewegung der Marmorarbeiter zu Düsseldorf. — Aus dem elsässischen Steinbruchsbezirk. — Die Arbeiter und das Recht. — Der Zug zur Großstadt. — Kosten des Berliner Straßenpflasters. — Feuilleton: Die neue Grabmalausstellung in Frankfurt a. M. — Gedicht: Mit gebrochenen Flügeln.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperert sind: Sandtal: Granitwerk Steinerne Renne. — Mühlhausen (Elb): Werplach Bröcker. — Giersdorf (Kreis Reiche): Firma Rilov.

Elberfeld. Die Firma Kreschmar ist gesperrt. Kreschmar war früher bei uns Mitglied und mußte wegen rückständiger Beiträge gestrichelt werden. Heute ist K. ein scharfer Gegner unseres Verbandes.

Meißen I. Die hiesigen Unternehmer haben die geheime Sperre eingeführt. Die Granitarbeiter haben deshalb Zugang fernzuhalten.

Jordach (Schwarzwald). Bei der Verlängerung der Murgtalbahn wurden die Steinhauerarbeiten vom Generalunternehmer an einen Unterakkordanten namens Trendini übertragen. Die Arbeiter forderten von der Firma Lohngarantie für den Unterakkordanten. Auch konnte noch keine befriedigende Verständigung über den Akkordpreis erzielt werden. Der größte Teil der Kollegen reiste daher ab. Die Kollegen werden ersucht, diesen Hinweis zu beachten.

Dortmund. Der Steinmetz W. Wild aus Reistenhausen fungiert als Zwischenunternehmer bei der Firma J. B. Schroer, Kunststeinfabrik. Sein Auftreten schädigt uns hier sehr. Hoffentlich belästigen ihn die organisierten Kollegen nicht mit Arbeitsangeboten.

Error der Oberlausitzer Granitindustriellen.

In der Oberlausitz dominiert eine starke Granitindustrie. Die Großbetriebe haben sich dort in den letzten Jahren sehr breit gemacht. Doch bestehen noch immer eine Reihe von mittleren Betrieben, in welchen je 20—150 Arbeiter beschäftigt sind. Die Großunternehmer haben sich eine Organisation geschaffen, welche firmiert: „Vereinigung der Hartsteinindustriellen der Oberlausitz“. Der Sitz befindet sich in Dresden. Diese Vereinigung ist eine Unterabteilung des sächsischen „Industriebezuges“. Als Gesamtdirektor fungiert Herr Grünner, welcher nebenamtlich als nationaler Stadtworoner fungiert.

Die Hartsteinindustriellen-Vereinigung hat natürlich seit 11½ Jahren alles aufgeboten, um die mittleren Betriebsinhaber der Vereinigung zuzuführen. Diese Unternehmer mußten wohl oder übel ihren Beitritt erklären, denn sie sind von den Großindustriellen sehr stark abhängig, besonders wenn größere Arbeiten zur Vergebung gelangen. Die großen Unternehmer entscheiden in den Sitzungen nach ihrem Gutdünken, denn die Abstimmung wird nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter vorgenommen. Die kleinen Steinbrucharbeiter können somit niemals etwas durchsetzen. Damit aber die Verbandsmitglieder vollständig den Dispositionen des Vorstandes ausgeliefert sind, greift man zu dem unfairen Mittel der Ausstellung von Sola-Wechseln. Ist die Unterzeichnung erfolgt, so sind besonders die kleineren Unternehmer bei allen Vorgängen an die Intentionen gebunden, welche die Vorstandschaft in ihrer erhabenen Weisheit gerührt herauszustucken.

Die Hartsteinindustriellen-Vereinigung geht mit ihren terroristischen Maßnahmen schärfstens vor, wie aus nachstehendem Anschreiben, welches uns ein günstiger Wind auf den Redaktionstisch flattern ließ, ersichtlich ist. Der interessante „Erlaß“ der Vereinigung lautet:

Dresden, den 29. Oktober 1912.
Ferdinandstraße 11, II.

Sehr geehrter Herr!

Nachdem von der Einführung besonderer Arbeitsbescheinigungen und von einer weiteren Verlängerung der Arbeitsperre wegen der entgegenstehenden juristischen Bedenken abgesehen worden ist, hat sich die Notwendigkeit ergeben, eine Sicherheit für die Befolgung der Satzungsbestimmungen und sonstiger für die Mitglieder maßgebenden Beschlüsse zu schaffen. Als zweckmäßigste Form dieser Sicherheitsleistung hat sich bei zahlreichen industriellen Verbänden die Hinterlegung von Sola-Wechseln bewährt. (!) Demgemäß hat die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung vom 4. Juli d. J. auf Antrag des Vorstandes beschlossen, zur Sicherstellung der durch die Satzungen begründeten Verpflichtungen die Mitglieder zur Hinterlegung von Sola-Wechseln im Verhältnis der Lohnsumme bezw. der ihnen zustehenden Stimmenzahl zu verpflichten. —

Hierdurch macht sich eine Satzungsänderung notwendig, die in folgendem Wortlaut dem Ministerium des Innern eingereicht werden wird:

„Zur Sicherung für die Einhaltung der Satzungsbestimmungen und der satzungsgemäß gefassten Beschlüsse, sowie zur leichteren Einziehung der durch etwaige Zuwiderhandlungen verwirkten Vertragsstrafen hat jedes Mitglied für jede ihm zustehende Stimme einen von ihm akzeptierten acht Tage nach Sicht zahlbaren Wechsel in Höhe von 500 Mk. — bis zu einem Höchstbetrag von 3000 Mk. beim Vereinsvorstand zu hinterlegen. Wird gegen ein Mitglied eine Vertragsstrafe verhängt, so ist der Vorstand berechtigt und verpflichtet, bis zum Betrage der verhängten Strafe die hinterlegten Sichtwechsel in Kurs zu setzen. Die ausgegebenen Sichtwechsel sind von dem Bezogenen sofort zu erlösen. Soweit Ansprüche aus dem Wechsel nicht erhoben werden, sind die alten Wechsel vor Ablauf von zwei Jahren gegen Einlieferung neuer Wechsel zurückzugeben. Die Stempelposten trägt die Vereinigung. (Wie gnädig! Redaktion.)

Führt sich das betreffende Mitglied durch die Strafe beschwert, so steht ihm erst nach Annahme des Wechsels bezw. Hinterlegung des Betrags das Recht zu, um eine Begründung zu ersuchen, und durch eingeschriebenen Brief an die Vereinigung unter gleichzeitiger Angabe des von ihm ernannten Schiedsmanns ein Schiedsgericht zu berufen. Die Frist hierzu beträgt längstens 8 Tage vom Tage der Mitteilung der Strafhöhe an das Mitglied an gerechnet.

Wird die Frist versäumt, so hat sich das Mitglied der Strafe unterworfen. Der Leiter der Verhandlungen hat ein Vorstandsmitglied der Vereinigung zu sein. — Von dem Vorstande selbst wird ein Schiedsmann und ein Stellvertreter ernannt, die die Vereinigung vertreten. Die beiden Schiedsmänner wählen im voraus einen Obmann, der endgültig entscheidet, falls sich die beiden Schiedsmänner nicht einigen. (Sehr nett. Red.) Die Anrufung der ordentlichen Gerichte wird ausgeschlossen. (!)

Indem wir Ihnen vorstehenden ordnungsgemäß gefassten und für alle Mitglieder bindenden Beschluß der Mitgliederversammlung mitteilen, bitten wir, den beiliegenden Solawechsel zu vollziehen und möglichst bis spätestens den 6. November 1912 an den Vorstehenden, Herrn Kommerzienrat B. Siezig (in Firma Kunath u. Co.), Dresden, Grunauer Str. 12, II., zurückzusenden.

Hochachtungsvoll
Vereinigung der Hartsteinindustriellen in der Oberlausitz.
Grünner, Direktor.

Die Kollegen ersuchen somit, wie die Steinindustriellen in ihrer Organisation bemüht sind, „Ordnung“ und „Disziplin“ mit den verwerflichsten Mitteln zu halten. Welches Geschrei würden die Unternehmer erheben, wenn in unserm Verbands nur im entferntesten in so terroristischer Weise vorgegangen würde. Also die Unternehmer halten es in der Ordnung, daß Sola-Wechsel ausgestellt werden, damit ihre Vorstandschaft schon heizt ein gewaltiges Depressionsmittel in der Hand hat, um Mitglieder, welche nicht nach den Tönen einiger Großindustrieller tanzen wollen, sofort kirre machen zu können. — Amüsant ist der Hinweis, daß von einer einheitlichen Arbeitsbescheinigung und der Sperraushebung aus „juristischen“ Gründen abgesehen wurde. Nein, die Sperre haben die Steinindustriellen deshalb aufheben müssen, weil sich unsere Verbandsmitglieder an diverse Stadtverwaltungen wandten und das Unternehmeregaberen schonungslos kennzeichneten.

Also nicht die juristischen Bedenken waren schuld, wenn die Sperre aufgehoben wurde, sondern lediglich der Elan der Arbeiter hat das seinige getan. Das wäre ja noch schöner, wenn die Herren Granitindustriellen, die meist nur für staatliche und städtische Bauverwaltungen liefern, in so rigoroser Weise das Gesetz der Freizügigkeit den Arbeitern gegenüber illusorisch machen könnten. — Genosse Scheidemann hat ja im Reichstage im vorigen Jahre gerade die sächsischen Granitindustriellen derb gezügelt, weil sie die Sperrmaßregeln eingeführt hatten. Damals hatten sie natürlich keine juristischen Bedenken. — Wir können daraus, aus der Aufhebung des Sperrsystems, ersehen, daß die Herren Unternehmer den Arbeitern gegenüber doch nicht mehr nach Belieben schalten und walten können.

Was die Ausstellung des Sola-Wechsels anbetrifft, so ist das Vorgehen der Hartsteinindustriellen-Vereinigung ein glatter Verstoß wider die guten Sitten. — Aber die Herren gehen eben aufs Ganze, sie wissen, daß ihnen kein Haar gekrümmt wird.

Wir haben es ja bei den vorjährigen Tarifverhandlungen gesehen, wie nur einige Firmen den Ton anschlugen, die „Kleinen“ mußten sich fügen. Gern hätte man damals den Steinarbeiterverband abgeschüttelt, aber trotz aller Schläue ging dieses nicht. Vielleicht wäre es eher geglückt, wenn die Wechsel, fein säuberlich unterzeichnet, schon damals in der Schublade des Herrn Siezig gelegen hätten.

Das Vorgehen der Steinindustriellen wird auch unsern Kollegen in der Lausitz, ja denen in ganz Deutschland, als — Scheinwerfer dienen. Die Unternehmer hatten ja bis vor kurzem alles versucht, um in der Lausitz, wo wir weit über 2000 Mitglieder zählen, unsere Position schwächen zu können. Gerade der Umstand, daß die Unternehmer in ihren eignen Reihen mit so brutalen Mitteln operieren, wird unsern Kollegen zeigen, daß sie aus Gründen der Selbsterhaltung dem Zentralverband der Steinarbeiter Treue bewahren müssen.

Die Unternehmerpresse wird auch in Zukunft wieder fortfahren, über den Terrorismus der Zentralverbände zu fabulieren. Aber auf jenen Schwindel wird niemand mehr hereinfallen. Wir raten der „Arbeitgeberzeitung“, nun einen Kommentar über das Vorgehen des Lausitzer Hartsteinindustriellen-Verbands zu schreiben.

Die christlichen Gewerkschaften unter päpstlicher Polizeiaufsicht.

Die christlichen Gewerkschaften hat ein neuer Schlag getroffen. Der Papst hat soeben eine Enzyklika (Rundschreiben) herausgegeben, welche der München-Gladbacher Gewerkschaftsrichtung gegenüber eine sehr übelwollende Stellung einnimmt. Wir bringen einen längeren wörtlichen Auszug aus der Enzyklika, weil dadurch am besten nachgeprüft werden kann, daß über die christlichen Gewerkschaften der Papst die schärfste Polizeigewalt ausübt. Unwillkürlich muß man sich fragen, wie kommt es denn, daß sich der Papst überhaupt um deutsche Gewerkschaftsfragen zu kümmern hat? Wir gehen eben, daß die christlichen Gewerkschaften direkt von Rom, also vom Auslande, abhängig sind, und daß sie ihre Bestrebungen so einzurichten haben, daß diese in Rom nicht Anstoß erregen.

Die päpstliche Enzyklika lautet unter anderem:

Unserem Geliebten Sohn
Georg Kopp, Kardinalvikar der hl. Römischen Kirche,
Bischof von Breslau,
unseren Ehrwürdigen Brüdern,
den übrigen Erzbischöfen und Bischöfen Deutschlands
Papst Pius X.
Geliebter Sohn und Ehrwürdige Brüder, Gruß und
Apostolischen Segen.

Bewogen von besonders liebevoller und wohlwollender Gesinnung gegen die Katholiken Deutschlands, die in größter Treue und Folgsamkeit diesem Apostolischen Stuhle ergeben, hochherzig und tapfer für die Kirche zu kämpfen gewohnt sind, fühlen Wir Uns angetrieben, Ehrwürdige Brüder, alle Kraft und Sorgfalt auf die Erörterung jener Streitfrage zu verwenden, die unter ihnen hinsichtlich der Arbeitervereinigungen besteht, eine Streitfrage, über die schon öfter in den letztverflohenen Jahren sowohl mehrere von Euch, wie auch urteilsfähige und angesehenen Männer beider Richtungen Uns unterrichtet hatten. Und um so eifriger haben Wir uns die Sache angelegen sein lassen, weil Wir im Bewußtsein Unseres Apostolischen Amtes als Unsere heilige Aufgabe es erkennen, dahin zu streben und zu wirken, daß diese Unsere geliebten Söhne die katholische Lehre unverfälscht und unverfehrt bewahren und in keiner Weise zulassen, daß ihr Glaube in Gefahr gerate. Denn wenn sie nicht zeitig zur Wachsamkeit angeregt würden, so würden sie offenbar in Gefahr schweben, allmählich und wie unversehens mit einer verschwommenen und unbestimmten Art von christlicher Religion sich zu begnügen, die man interkonfessionell so nennen pflegt, und die auf eine inhaltlose Empfehlung eines allgemeinen Christentums hinausläuft, während doch offenbar nichts so sehr dem Lehrworte Jesu Christi widerspricht als sie. Dazu kommt, daß Wir, entsprechend Unserem schlichten Wunsche, unter den Katholiken die Eintracht zu fördern und zu festigen, alle Anlässe zu Zwistigkeiten beiseite zu räumen, da die Kräfte der Gutgefinnten zerplittern, und dadurch nur den Feinden der Religion von Nutzen sein können; ja Wir wollen und wünschen überdies, daß die Unserigen mit den nicht-katholischen Mitbürgern jenen Frieden pflegen, ohne den weder die Ordnung der menschlichen Gesellschaft noch die Wohlfahrt des Staates bestehen könnte. Wenngleich aber, wie gesagt, der Stand dieser Frage uns bekannt war, so hielten Wir es für gut, bevor Wir ein Urteil über sie aussprachen, die Ansicht eines jeden von Euch, Ehrwürdige Brüder, einzuholen; und auf Unsere Fragen habt Ihr einzeln mit jener Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt geantwortet, die der ersten Bedeutung der Sache entspricht.

Was nun Vereinigungen von Arbeitern anlangt, so sind, wenn gleich ihre Aufgabe darin besteht, ihren Mitgliedern irdische Vorteile zu verschaffen, doch am meisten zu billigen und unter allen für den wahren und dauernden Nutzen der Mitglieder als bestgeeignete jene Vereinigungen anzusehen, die hauptsächlich auf der Grundlage der katholischen Religion aufgebaut sind und der Kirche als „führerin“ offen folgen; was Wir selbst mehrmals bei gelegentlichen Anfragen aus verschiedenen Ländern erklärt haben. Hieraus folgt, daß derartige sogenannte konfessionell-katholische Vereinigungen sicherlich in katholischen Gegenden, und außerdem in allen anderen Gegenden, wo anzunehmen ist, daß durch sie den verschiedenen Bedürfnissen der Mitglieder genügend Hilfe gebracht werden kann, gegründet und auf jede Weise unterstützt werden müssen. Handelt es sich aber um Vereinigungen, die das Gebiet der Religion und der Sittlichkeit direkt oder indirekt berühren, dann wäre es in keiner Weise zu billigen, in den eben erwähnten Gebieten gemischte Vereinigungen fördern und verbreiten zu wollen, d. h. solche, die sich aus Katholiken und Nichtkatholiken zusammensetzen. Denn, abgesehen von anderem, befinden sich bei derartigen Vereinigungen die Unserigen oder können sich doch sicherlich befinden in großen Gefahren für die Reinheit ihres Glaubens und den gebührenden Gehorsam gegen die Gebote und Vorschriften der katholischen Kirche; Gefahren, auf welche auch Ihr, Ehrwürdige Brüder, in mehreren Eurer Antworten über diese Frage offen, wie Wir gelesen, hingewiesen habt.

Wir spenden also allen und jeden in Deutschland bestehenden rein katholischen Arbeiter-Vereinigungen mit Freuden alles Lob und wünschen allen ihren Bestrebungen zum Wohle der Arbeiterbevölkerung glücklichen Erfolg und erhoffen für sie ein immer erfreulicherer Wachstum. Indes, wenn Wir dies sagen, leugnen Wir nicht, daß es den Katholiken zuteil, zur Erhebung besserer Lebensverhältnisse für den Arbeiter, billigerer Bedingungen für Lohn und Arbeit oder zum Zwecke anderer berechtigter Vorteile gemeinschaftlich mit Nichtkatholiken, unter Anwendung von Vorsicht, für ihre gemeinsamen Interessen zu arbeiten. Um dieses Zweckes willen sehen Wir es lieber, wenn die katholischen und nichtkatholischen Vereinigungen sich miteinander verbinden mittels jener zeitgemäßen neuen Einrichtung, die man Kartell nennt.

In dieser Hinsicht nun, Ehrwürdige Brüder, erbitten nicht wenige von Euch, es möchte Euch durch Uns erlaubt werden, die sogenannten christlichen Gewerkschaften, wie sie heutzutage in Euern Diözesen bestehen, zu dulden, weil sie einerseits eine bedeutend größere Zahl von Arbeitern in sich schließen, als die rein katholischen Vereinigungen, und weil andererseits es große Nachteile nach sich ziehen würde, falls dies nicht gestattet würde. Diesem Erfuchen glauben Wir mit Rücksicht auf die besondere Lage der katholischen

schon öfter vorgekommen, daß die Bruchmeister die Pamphelets der Christlichen verteilen. Das hat sich Herr Fromm sehr wohl gefallen lassen. Im übrigen kondolieren wir zu Ihrem Reinfall, Herr Fromm.

Steinausföhrungen.

Egl. Militärbauplan in Chemnitz. Erd-, Maurer-, Asphalt- und Steinmearbeiten (Lieferung von Granitsteinen) zum Neubau des Reitbanes der Artilleriekaserne in Ebersdorf.
Stadtbauamt in Colmar. Tief. v. Granitrandsteinen f. d. Trottoiranlagen.

Stadtbauamt in Thorn. 20 000 Quadratmeter schwedische Reihenstein.
Freiberg i. S. N. Sandsteinarbeiten zum Neubau des Mineralogisch-Geologischen Instituts der Bergakademie zu Freiberg.
Egl. Bauinspektion in Jagstfeld. Lieferung von 2020 Kubikmeter Grobsteine aus Muschelkalk, 6300 Kubikmeter Bahnhöfcher desgleichen, 40 Kubikmeter Wegschotter desgleichen und 850 Kubikmeter Muschelkalkgrus für die Unterhaltung der Gleise und Wege pro 1913.

Städt. Tiefbauverwaltung in Magdeburg. 20 000 lfd. Meter Bordsteine in einem oder mehreren Lagen.
Egl. württ. Eisenbahnbaupinspektion in Forstheim. Für die Bahnunterhaltung im Jahre 1912: 1500 Kubikmeter Schotter aus Muschelkalk.
Egl. Wasserbauamt in Croßen a. d. O. 7000 Kubikmeter Schüttsteine f. Strombauten in der Oker.
Stadtbauamt in Graudenz. Für die Pflasterung einiger städtischer Straßen: 8550 Quadratmeter Granitreifensteine, 1800 laufende Meter Granitbordsteine.

Gegen den Ausschreibungsmodus der Stadt Thorn müssen wir schärfstens protestieren. Die 20 000 Quadratmeter Reihenschottersteine dürften etwa eine Ausgabe von 160 000 Mk. verursachen, und es ist ganz unverständlich, wie so ohne weiteres schwedisches Material vorgeschrieben wird. — Die Stadt Thorn liegt etwa 140 Kilometer von der Danziger Bucht entfernt. Die Entfernung nach dem schlesischen Grenzgebiet beträgt etwa 200 Kilometer. Wir müssen betonen, daß es uns völlig unverständlich ist, daß bei der Konkurrenz deutsches Material ausgeschlossen ist.

Der Reichstagswahlkreis Bromberg-Thorn wird zurzeit durch einen Reichsparteiler, den Landgerichtspräsidenten Schulz, vertreten, und da ist es sehr verwunderlich, wenn eine so große Kommunalverwaltung wie die Thorer, natürlich unbewußt, eine so unverständliche Wirtschaftspolitik treibt.

An diesem Fall können wir wieder die alte Beobachtung machen. Die bürgerlichen Parteien schreien nach hohen Zollföhrungen gegenüber dem ausländischen Gesteinsmaterial. Die gut patriotische Stadt Thorn hätte es aber nun ohne weiteres in der Hand, dem deutschen Gestein den Vorrang zu geben! Aber das geschieht nicht; es wird gleich ausländisches Material vorgeschrieben. Die Lieferung bedeutet sicher keinen Pappenstiel, wenn sie dem deutschen Steinarbeiter entgeht. — Es ist zunächst Sache der schlesischen Industriellen, das Vorgehen der Thorer Stadtverwaltung ins richtige Licht zu setzen, aber man wird kaum den Mut dazu haben.

Im Thorer Stadtparlament sitzen keine „internationale“ Sozialdemokraten, die, um im Zentrumsjargon zu reden, bloß die Auslandsindustrie unterstützen wollen. Nein, die dortigen Stadtväter sind gute Patrioten, die aber, wie Figura zeigt, nichts dagegen unternehmen, wenn bei städtischen Lieferungen die deutsche Steinindustrie völlig ausgeschaltet wird.

Bemerkenswert ist, daß der „Steinbildhauer“ und der „Steinbruch“ von der Ausschreibung zwar mit dem Vermerk „schwedisches Material“ Notiz nehmen, aber kein Wort der Kritik finden. Diese Zeitungen haben seinerzeit unsern kollegialen Standpunkt scharf bekämpft; jetzt sollten sie aber zeigen, was sie leisten können, wenn sie gegen einen solchen Ausschreibungsmodus schärfstens auftreten würden.

Korrespondenzen.

Reichenborn. Am 25. Oktober verunglückte unser Kollege Heinrich Brauch im hiesigen Steinbruch. Er ging, nachdem er kein Material mehr hatte, in den Bruch und wollte den Steinschlägern helfen, dabei fielen einige Platten so auf ihn, daß er schwer verletzt wurde und seine Ueberführung in das Krankenhaus erfolgen mußte. Bemerkenswert ist noch, daß auch hier noch das wilde Affordsystem herrscht. Aber manche Kollegen lernen trotzdem den Wert der Organisation nicht kennen, obwohl auch wir schon so manche Lohn- und Arbeitsverbesserung errungen haben.

Dresden. In der am 25. Oktober leider schwach besuchten Versammlung wurde über die Reichsversicherung gesprochen. Die Anwesenden lauschten dem meisterhaften großartigen Referat des Gewerkschaftssekretärs Genossen Auf. Die sehr viel die Zuhörer von der mangelhaften Reichsversicherungsordnung, die er schlagend nachwies, und den Zielen der Sozialdemokraten im Reichstag betreffend der Versicherung, so überzeugen vermochte, bewies der lebhafteste Beifall. Aus den interessanten Ausführungen konnten wir entnehmen, daß Bebel schon 1871 im Reichstag ein Reichsversicherungsgesetz anregte, die Ausführung aber immer und immer wieder verschoben wurde. Das neue Versicherungsgesetz hat etwa 1900 Paragraphen, und da an einem Abend nicht alles besprochen werden kann, so wurde in der Diskussion der Wunsch geäußert, daß noch mehr solche Vorträge stattfinden sollen. Schlechte Verhältnisse bestehen bei der Firma Keil u. Co., die ansässigen verheirateten Kollegen werden sehr gedrückt, ledige, aus dem Auslande hergekommene dagegen bevorzugt. Wir werden aber auch bei der Firma Keil u. Co. unser Recht wahren.

Dresden-Firma. Am 7. November tagte im grauen Storch zu Modetal eine Versammlung für das Postker Gebiet, in welcher Landtagsabgeordneter Genosse Fröhdorf über die neue Reichsversicherungsordnung referierte. Als guter Kenner der sozialen Gesetzgebung hielt er einen sehr interessanten, für die Kollegen leicht verständlichen Vortrag. Er führte aus, daß gegenwärtig in Deutschland gegen dreizehn Millionen Arbeiter versicherungspflichtig sind. Bei Inkrafttreten des neuen Gesetzes wird sich diese Zahl bedeutend erhöhen. Auch wird der Kreis der versicherungspflichtigen Personen erhöht, in dem die Lohngrenze von 2000 Mk. auf 2500 Mk. erhöht ist. In der Beitragsleistung treten Veränderungen nicht ein. Beiträge, welche länger als 14 Tage zurückliegen, dürfen den Arbeitern nicht vom Lohne abgezogen werden. Die Unterhaltungsätze bleiben (mit Ausnahme der Wöchnerinnenunterstützung, welche auf 8 Wochen ausgedehnt worden ist) wie jetzt bestehen, das heißt, soweit die gesetzliche Mindestleistung in Frage kommt. Durch das neue Gesetz ist den Kassenverwaltungen nachgelassen, das Krankengeld von der Hälfte auf dreiviertel des Lohnes für die Dauer eines Jahres zu gewähren. Anschließend können Krankenkassen ihre Mitglieder noch auf ein Jahr in Genesungsheimen unterbringen. Verpflichtet sind in Zukunft die Kassen, die Kosten für Spezialärzte und Fahrgelder zu übernehmen. Aus der von den Ärzten geforderten freien Arztwahl ist erfreulicherweise nichts geworden, denn hätten die Gesetzgeber diesem Verlangen Rechnung getragen, so würde das für die Krankenkassen eine ganz enorme Belastung gebracht haben. Daß der Ärztenverband auf seine Forderungen verzichtet, sei nicht gut anzunehmen, und es würde jedenfalls in nächster Zeit zu Auseinandersetzungen zwischen letzteren und den Krankenkassen kommen. Den Mitgliedern ist von den Kassen die Wahl von zwei Ärzten freizustellen. Die innere Organisation der Krankenkasse hat sich insofern verändert, daß an Stelle der Gene-

ralversammlung ein zu wählender Ausschuß tritt. Derselbe kann bis zu 90 Mitgliedern stark sein und ist mit größeren Vollmachten ausgestattet. Um den sozialdemokratischen Terrorismus (wie man so gern zu sagen pflegt) zu brechen, hat man das Verhältniswahl-system eingeföhrt. Man glaubt jedenfalls damit, den Einfluß der organisierten Arbeiter mit Hilfe der gemäßigten Organisationen zu verringern. Die Wahl des Vorsitzenden, sowie die Anstellung der Beamten erfolgt durch den Vorstand. Wird eine Einigung nicht erzielt, erfolgt sie durch die Behörden. Die Errichtung von Ortskrankenkassen ist noch zulässig, wenn mindestens 250 Mitglieder zusammen kommen, dagegen dürfen Ortskassen für einzelne Berufe nicht mehr errichtet werden. Betriebskassen können weiter bestehen, wenn mindestens 100 Mitglieder vorhanden sind und Neugründungen können bei 150 Arbeitern erfolgen. Auch die Innungskassen bleiben bestehen. Es kann mithin von einer wünschenswerten Zentralisation des Krankenkassenwesens keine Rede sein. Die Gemeindefassen scheiden zwar aus, es können aber bezirkweise Krankenkassen errichtet werden. In letzteren werden die niedrigsten Unterhaltungsätze eingeföhrt und kann die finanzielle Unterstützung sogar ganz aufgehoben werden. Eine Verwaltung, der auch Arbeiter angehören, gibt es bei der letzteren nicht. — Die Unfallversicherung ist etwas erweitert und auf mehrere Berufe ausgedehnt. Die Rentenberechnung ist ein wenig erhöht und zwar von 1500 auf 1800 Mk. Die Rechtsprechung ist bedeutend verschlechtert, denn es ist in Zukunft kein Refuz mehr zulässig. Hierin liegt für die Arbeiter eine bedeutende Verschlechterung, wenn man bedenkt, daß die paar Pfennige Rente erst muß erstritten werden. Ein Beweis hierfür ist, daß im Jahre 30 000 Prozesse vor der höchsten Instanz anhängig waren. Revision ist noch zulässig. — Die Invalidenversicherung hat verschiedene Veränderungen erfahren, bloß von Verbesserungen kann keine Rede sein. Die Beitragsverhöhung ist bereits schon am 1. Januar in Kraft getreten, sowie auch die Witwen- und Waisenversicherung. Man hat sich nicht dazu aufgeschwungen können, die Altersgrenze herabzusetzen, von 70 auf 65 Jahre, wiewohl bloß eine Mehrausgabe von 28½ Millionen Mark in Frage käme pro Jahr. Es werden kolossale Reservenfonds aufgestapelt. Verfügt doch das Königreich Sachsen über einen solchen von 200 Millionen Mark. Die Witwen- und Waisenversicherung ist recht knapp bemessen und erhalten kann erst diejenige Witwe ein paar Pfennige, wenn sie selbst invalid ist, das heißt: nicht mehr ½ des normalen Lohns verdienen kann. Das sogenannte Witwen- und Waisengeld erhält nur diejenige Witwe, welche selbst mindestens 200 Beiträge geleistet hat. Witwen, welche nicht selbst gearbeitet haben, erhalten kein Witwengeld. Eine bedeutende Verschlechterung ist noch insofern eingetreten, weil die vom Ehegatten geleisteten Beiträge nicht mehr zurückgezahlt werden. Die Reichsversicherungsordnung bringt den Arbeitern wohl höhere Beiträge, aber von wesentlichen Verbesserungen sieht man nichts. Es wird nun Aufgabe der Arbeiter sein, vorwärts zu drängen, um das von der bürgerlichen Mehrheit im Reichstag Versäumte nachzuholen. Der Referent erntete lebhaften Beifall. Unter Gewerkschaftlichem wurde die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt gegeben und dem Kassierer Entlastung erteilt. Weiter wurde der schlechte Versammlungsbesuch einer derben Kritik unterzogen.

Ebenstetten (Niederbayern). Am 3. November fand im Gasthause zum Hirschenstein unsere Monatsversammlung statt, welche leider schlecht besucht war. Verschiedene Kollegen halten es nicht für notwendig, die Versammlung zu besuchen, lieber sitzen sie in den nahegelegenen Wirtschaften, während die Versammlung tagte. Zum Punkt 1 erstattete der Kassierer Josef Ernst die Abrechnung vom 3. Quartal, die von den Revisoren für richtig befunden wurde. Zu Punkt 2 gab der Kassierer die Ein- und Ausgaben vom Ball, der am 20. Oktober stattfand, bekannt, bei dem ein Ueberschuß von 13,70 Mk. erzielt wurde. Zu Punkt 3 gab der Vorsitzende bekannt, daß er beim Meister Johann Prebed vorstellig wurde, wegen Anerkennung des Bezirksstaris. Prebed erklärte, daß er nicht im Unternehmerverbande sei und deswegen den Bezirksstaris nicht anerkennen will. Es stehen leider in diesem Betriebe die Mehrzahl der Kollegen dem Verbands noch fern. Der Vorstand erklärte dann weiter, daß wir im 3. Quartal einen großen Mitgliederzuwachs hatten. Hoffentlich wird es uns auch noch gelingen, die fernstehenden Kollegen bei Johann Prebed zu gewinnen, dann wird er auch den Bezirksstaris anerkennen.

Mün II. Im verflossenen Jahre war es den Kölner Marmorarbeitern erstmalig gelungen, einen Tarifvertrag mit den Unternehmern abzuschließen. Der Vertrag besagte, daß in diesem Jahre am 28. Oktober eine Erhöhung der Affordpreise und Stundenlöhne um 3 Prozent zu erfolgen hat. In einer am 4. November abgehaltenen, gut besuchten Versammlung wurde der Bericht von den einzelnen Betriebsvertrauensleuten entgegengenommen, der das Resultat brachte, daß alle Betriebsinhaber die Zuschläge bezahlten. Bei einer Firma war dies noch nicht bei den Polistoren geschehen, aber dies wird in der kommenden Woche nachbezahlt. Kollege Herrmann gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die glatte Erledigung der Sache nur der Einigkeit der Kollegen zu danken sei. Notwendig sei es aber, die Einigkeit auch fernerhin zu bewahren, damit beim Tarifablauf im kommenden Jahre eine Erneuerung des Taris möglich sei. Dann gab Herrmann in einem Vortrag den Kollegen ein ausführliches Bild über den Verlauf der Düsseldorf Lohnbewegung. Die Kollegen gaben in der Diskussion ihre Befriedigung zu erkennen, daß ein Erfolg eingetreten ist. Im Punkte Zahlstellenangelegenheiten wurde noch über Mithstände in einigen Werkstätten gesprochen; die Mittel zur Abhilfe wurden ebenfalls erörtert. Nach einem Schlußwort des Kollegen Schwarz, worin er auch fernerhin um einen guten Versammlungsbesuch ersuchte, fand die Versammlung ihr Ende.

Mayen (Rheinland). Am Donnerstag, 24. Oktober, fand in dem Lokale des Herrn Diederich unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Kollege Keuser gab den Kassenbericht vom dritten Vierteljahr bekannt, worauf der Vorsitzende, Kollege Braun, und die Revisoren bestätigten, daß die Kasse in Ordnung sei. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Im Punkte Verschiedenes wurde vom Schriftführer, Kollegen Fischer, die Kleinagitation erläutert. Hierbei ist zu bemerken, daß jeder Kollege, wenn ihm das Wohl seiner Familie am Herzen liegt, verpflichtet ist, an dem Ausbau der Zahlstelle Mayen des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands mitzuwirken. Es ist die höchste Zeit, zumal hier im Mayener Gebiet, wo die berufsmäßigen Pflastersteinhauer zum Gelegenheitsarbeiter geworden sind. Erfreulicherweise hat es unser Vorstand zustande gebracht, die Kollegen mehr zur Mitarbeit heranzuziehen, um so durch gemeinsames Arbeiten endlich zum Ziele zu kommen. Zum Schluß erwähnte unser Vorsitzender, Kollege Braun, noch die Kollegen zu regem Versammlungsbesuch, zumal jetzt im Winter, und schloß darauf die Versammlung.

Meißen I. In letzter Zeit sind von hiesigen Firmen wiederholt Leute gesucht worden, während es für die am Orte wohnenden Kollegen ausgeschlossen ist, bei den betreffenden Firmen Arbeit zu erhalten. Die Herren Wolf, Seifert, Pirsch und Beck haben die geheime Sperre eingeföhrt. Wenn nun einmal ein Kollege so unvorsichtig ist und wegen irgendeines Vorwommens die Arbeit niederlegt, so ist er gezwungen, sich außerhalb Meißens Arbeit zu suchen. Wenn hier ein Kollege anfragt, so wird ihm gesagt, er möchte doch eine Befreiung bringen von seinem bisherigen Meister. Weil die Löhne und Arbeitsverhältnisse hier nicht so rosig sind, glauben einzelne Unternehmer, damit ihre Leute zu halten. Die Kollegen tun gut, wenn sie die Meißener Unternehmer nicht mit Arbeitsangeboten belästigen.

Obermendig. Am 10. November tagte hier eine Vertreterkonferenz der Luststeinarbeiter. Es handelte sich darum, zum Schiedsgericht Stellung zu nehmen. Dem Vorschlag der Arbeitgeberkommission, Herrn Wilh. Mann, Techniker bei der Firma Holzmann u. Co., als Obmann zu wählen, stimmten die Kollegen zu, jedoch mit dem Vorbehalt, jezeit einen andern Obmann in Vorschlag bringen zu können. Es wurde bedauert, daß von seiten des christlichen Verbands auf die Anfrage des Kollegen Herrmann eine Antwort noch nicht eingetroffen ist, die ein geistliches Zusammen-

arbeiten ermöglicht. Anscheinend stellen die Herren die Politik wieder höher als die Arbeiterinteressen. Lebhaftige Klagen wurden über die Auslegung des Taris durch die Unternehmer geführt, und hauptsächlich über die des Poliers Kronebürger bei der Firma Bidel. Ob Herr Bidel als Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes dieses billigt, entzieht sich unser Kenntnis. Aber die Zeit wird einfließen, wo wir mit diesem Herrn Polier auch mal fertig werden. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Vorstandssitzung im Distrikt abzuhalten, der die Beschlüsse der Kollegen vorgelegt werden sollen. Alle Tarifforderungen sind durch die einzelnen Zahlstellen unserm Obmann, Kollegen Joh. Rauf, sofort zu übermitteln. Den Kollegen des Mayener Bezirks aber rufe ich zu: Besucht die Versammlungen, wo auch Aufklärung gegeben wird. Schickt auch um das Banner des Zentralverbandes der Steinarbeiter, rückt die uns fernstehenden Kollegen auf, dann ist es möglich, etwas Ersprießliches zu leisten; dann können wir sagen: unser die Zukunft.

Schreiberhau (Riesengebirge). Am 3. November tagte hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung im Gasthof zur Sonne, die leider schwach besucht war. Gauletter Steininger hielt einen sehr inhaltreichen Vortrag über den Nutzen der Organisation. Das Referat wurde mit reichem Beifall ausgezeichnet. Der schlechte Versammlungsbesuch wurde sehr gerügt. Es ist auch keine Sache, wenn die Kollegen im hiesigen Gebiet gegenüber dem Verband so interesselos sind. Die Lage in der hiesigen Steinindustrie ist als eine sehr schlechte zu bezeichnen, die Löhne sind sehr gering. Auch die Bestimmungen der Bundesratsverordnung werden sehr schlecht durchgeführt und gerade im Riesengebirge, mit seiner nahesten Witterung, wäre es sehr notwendig, wenn jene Bestimmungen schärfer durchgeführt würden. Öffentlich beehrt uns der Gewerbeinspektor baldigt mit seinem Besuch. Es ist an der Zeit, daß in die hiesigen Steinbrüche Ordnung gebracht wird.

Selters im Westerwald. Die am 7. November stattgefundene Versammlung war gut besucht. Kollege Herrmann gab den Kollegen eine klare Uebersicht, welche Vorteile ein tariflich geregeltes Lohn- und Arbeitsverhältnis bietet. Die erste Vorbedingung einer erfolgversprechenden Tarifbewegung sei neben einer guten Konjunktur eine gute Organisation. Mit Freunden müsse konstatiert werden, daß die Kollegen die Bedeutung der Organisation begriffen hätten, es gelte nun, durch geeignete Maßnahmen das Weitere zu beraten und zusammenzustellen. Als notwendig bezeichnete er es, daß eine Kommission von drei Kollegen sich der Mühe unterzieht und ein Tarifmuster zusammenstellt. In der lebhaftesten Aussprache waren die Kollegen mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, es wurde eine Kommission von drei Kollegen gewählt. Dann erfolgte noch eine Besprechung der weiter vorzunehmenden Agitation. Einige Kollegen, welche zugereist und einem andern Verband angehörten, ließen sich überschreiben, zwei Kollegen traten dem Verband neu bei. Der Vorsitzende, Kollege Raab, schloß die Versammlung mit dem Wunsch, daß die nächste Versammlung auch so zahlreich besucht werden möge.

Strasbourg i. E. Am 10. November fand hier eine Steinarbeiterversammlung statt. Leider war der Besuch schlecht, die Kollegen mögen sich doch merken, ein Versammlungsbesuch ist schädlich und keine Kollegen. Kollege Braun hielt ein Referat über: Wesen, Entwicklung und Bekämpfung der Berufskrankheit der Steinarbeiter. Die Berufskrankheit hat leider keinen Rückgang aufzuweisen, trotz zehnjährigen Bestehens der Bundesratsverordnung. Welches großes Arbeitsfeld steht hier offen für Gewerbeinspektion und Regierung, wieviel Not und Elend gibt es in jenen Familien, wo der Ernährer von der schrecklichen Berufskrankheit befallen oder schon dahingerafft ist? Hier gilt es einzuflehen und immer lauter und lauter müssen wir der Regierung zuzurufen: Sorgt für besseren Arbeiterlohn und für die Kranken Arbeiter und ihre Familien. Aber auch die Kollegen dürfen nicht müßig zusehen; sie müssen sich fester und fester zusammenschließen, um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erringen, auch dem Konsumverein beitreten, um auf die Lebensmittelpreise einzuwirken und so ihre Lebenslage zu verbessern. (Lebhafter Beifall.) Eine Resolution, die sich mit den Worten des Referenten deckt, fand einstimmige Annahme.

Ufen. Am Sonntag, 3. November, fand im Gewerkschaftshause zu Hameln eine Steinarbeiterversammlung statt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Swatilla und forderte die Kollegen auf, sich von den Plagen zu erheben. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die Abrechnung vom dritten Vierteljahr verlesen und diese von den Revisoren für richtig befunden. Hierauf wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Zum 2. Punkt hielt Kollege Niemi einen Vortrag. Der Beifall, welcher dem Redner am Schluß seines Vortrages zuteil wurde, bewies, daß er den Kollegen aus dem Herzen gesprochen hatte. Im Punkte Verschiedenes wurde das Verhalten der Kollegen bei der Firma Krüger stark gerügt. Die Kollegen kamen nach Hameln, gehen spazieren, aber in die Versammlung kamen sie nicht. Auch mit der Einhaltung des Taris wird es nicht so genau genommen. Laut Tarif findet die Lohnzahlung alle 14 Tage statt, und zwar eine Stunde vor Feierabend. Aber die Kollegen laufen lieber eine Stunde bis zur Wohnung der Firma, um ihren Lohn zu bekommen. Auch würden die Kollegen gut tun, die Firma auf die Bundesratsverordnung aufmerksam zu machen, denn hier hapert es sehr.

Wernigerode. Die Firma Hermann Wegener, Basalt-, Keuper- und Granitwerke in Hannover, die große Steinbrüche bei Kassel, Göttingen und Hameln in Betrieb hat, unterhält auch seit ca. zwei Jahren hier im Harz große Granitbrüche. Augenblicklich ist die Firma damit beschäftigt, hier noch einige Granitbrüche aufzukaufen. Mit den Betrieben der Firmen Krebs und Lumme in Wernigerode, S. Gemme in Harzburg und Gebr. Moor in Haffersode, die als die nächstgrößten Firmen gelten, ist bereits der Anfang gemacht. Wie sich die Firma nach Einverlebung sämtlicher oder der meisten Brüche ihren Leuten gegenüber stellen wird, bleibt abzuwarten. — Geschäftsführer der Firma ist der hier bekannte Herr Börg aus Hannover. Hoffen wir das beste, Herr Börg. Die Kollegen tun auf alle Fälle gut, wenn sie sich durch massenhaften Beitritt zum Steinarbeiterverband sichern.

Zell (Oberfranken). Am 3. November tagte im Lokale des Herrn Georg Dietel unsere Mitgliederversammlung. Bei Punkt 1 gab unser Kassierer Andreas Popp die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt, welche für richtig befunden wurde. Denselben wurde hierauf Entlastung erteilt. Bei Punkt 2 verband es Genosse Will aus Helmrechts zu schildern, was eigentlich das Gewerkschaftskartell bezweckt. Die Errichtung einer Ortskrankenkasse, sowie eines Gewerbegerichts ist notwendig, Bildungsvorträge im Interesse der Arbeiterbewegung sollen abgehalten werden, was nur das Gewerkschaftskartell tun kann. Beschlossen wurde, dem Kartell beizutreten. Als Kartellbelegter wurde Kollege Fritz Dietel gewählt. Bei Punkt 3 wurde lebhaft debattiert. Es wurde stark gerügt, daß die Arbeitszeit nicht pünktlich eingehalten wird. Trotzdem im 3. Quartal noch keine Versammlung stattgefunden hat, war die heutige von nur 17 Kollegen besucht. Diese Versammlungs-schwänzerei muß in unsern Zahlstellen beseitigt werden.

Ziegelanger. In Ebersbach tagte am 2. November gleich nach Arbeitslohn eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung, in der Kollege Lohse über die Berufskrankheit der Sandsteinarbeiter referierte. Neben führte den Kollegen klar und deutlich vor Augen, wie rasch die Berufskrankheit um sich greift und wie schlecht es dann mit den Familienverhältnissen aussieht, wenn ein Kollege von derselben betroffen wird. Es wurde deshalb von den Versammelten der Wunsch geäußert, es solle die Berufskrankheit der Sandsteinarbeiter als Unfall betrachtet werden, und wurde deshalb eine dementsprechende Resolution angenommen, die gleich vom Vorsitzenden an den Reichsanwalt abgehandelt worden ist. Ferner wurde im 2. Punkt auch über die Errichtung eines Gewerbegerichts gesprochen. Die Anwesenden protestierten gegen die lange Verzögerung des Kgl. Bezirksamts Haffurt, indem schon vor einigen Jahren ein dementsprechender Antrag eingebracht und die Sache bereits im Gange war, aber wieder abgebrochen wurde. Unter Punkt Verschiedenes wurden örtliche Verhältnisse besprochen und der Wunsch

geäußert, die Gewerbeinspektion möchte sich auch wieder einmal um die hiesigen Werkplätze, Frühstücksbuden usw. kümmern, denn die Einhaltung der Bundesratsverordnung hat stark nachgelassen.

Rundschau.

Fort mit dem Marmor und Granit aus den Paderborner Friedhöfen, so lautet die Parole des „Westfälischen Volksblattes“. Als Zukunftsmaterialie werden Sandstein und Muschelkalk empfohlen. Wahrscheinlich geht diese Hege von einigen über-eifrigen Anhängern der Wiesbadener Richtung aus. Es ist gut, daß in den letzten Tagen unserer Verbandsleitung eine Petition an die Stadtverwaltungen verfaßt, mit dem Ersuchen, daß auch fernerhin Grabdenkmäler aus poliertem Hartgestein zur Verwendung gelangen dürfen. — Wir erziehen unsere Leser, sobald in dieser oder jener Stadt neue Friedhofbestimmungen geplant sind, uns davon Kenntnis zu geben. Wenn sich Zeitungspolemiken entspinnen, so sind uns die betreffenden Zeitungsnummern zuzufenden.

Eine lebhafteste Bautätigkeit ist in Niederschlesien, besonders in Görlitz zu bemerken. Leider hat davon die Sandsteinindustrie des Bunzlauer Gebiets nicht allzuviel verspürt. Die uns nämlich gemeldet wird, ist in den Plagwitzer Steinbrüchen zurzeit der Geschäftsgang recht schleppend. Es haben schon Brecher und Steinmehlen entlassen werden müssen.

1 1/2 Millionen Mark gibt im Jahre 1913 die Stadt München für Pflasterungen aus. Es werden angeschafft für 600 000 Mark Kleinpflastersteine, für 321 232 Mark Reihpflastersteine und etwa 600 000 Mark werden ausgegeben für Asphaltierungen. Als Lieferanten dürften vorwiegend nur bayrische Granitindustrie in Frage kommen. Dieser Auftrag kommt zur rechten Zeit, denn unsere Kollegen in der bayrischen Pflastersteinindustrie tragen sich nämlich mit dem Gedanken, zunächst für Niederbayern und die Oberpfalz einen Bezirksrat zu schaffen. Hoffentlich kommen nun die Verhandlungen bald in Fluß.

Zur Hafenerweiterung in Karlsruhe haben die Stadtverordneten 1 322 000 Mark bewilligt. Zur Herstellung der Kaimauern soll Granit Verwendung finden.

Eine neue Eisenbetonschwelle hat die Leipziger Betonbaufirma Wollé erfunden. Mit dieser Neuerung soll es möglich sein, die Eisenbahnschwellen aus Holz und Eisen ganz verdrängen zu können.

Kapitalistische Jangarme. Die allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, mit dem Sitz in Berlin, arbeitet mit einem Aktienkapital von 100 Millionen Mark. Diesem enormen Werke sind 34 Tochtergesellschaften, welche sich auf den ganzen Erdball verteilen, untergeordnet.

Lage des deutschen Arbeitsmarktes. Der Andrang am deutschen Arbeitsmarkt hatte vom August auf September 1912 merklich nachgelassen. Auf je 100 offene Stellen kommen im Berichtsmonat durchschnittlich 128,27 Arbeitsuchende gegen 132,79 im Vormonat. Somit hätte sich der Arbeitsmarkt etwas gebessert. — Für die Steinindustrie bestehen allerdings besondere Notierungen nicht.

Ein netter Sinnspruch findet sich auf einem Grabstein in Hameln (Weser) vor. Der vielsagende Spruch lautet:

Wir sind von Pferdearztes Hand zu früh hierher geschickt;
Zur Warnung für das Vaterland und den, der dies erblicket.
Sein Leben traue jedermann nur sicherer Arztes Hände an.
Geht er auch dann die Todesbahn, hat er doch seine Pflicht getan.

Der Spruch bedeutet sicherlich kein Loblied auf einen Teil unserer Ärzte. Im übrigen verfügt der Verfasser des Poems über eine gesunde Portion Humor.

Agitation im Holzarbeiterverband. Der genannte Verband hat im Jahre 1913 große Lohnbewegungen durchzuführen. Die Unternehmern sind bestrebt, alles zu tun, um die Forderungen der Arbeiter abzulehnen. Um die Massen deshalb genügend aufzurütteln zu können, finden im ganzen Reich Versammlungen statt, die sich mit den nächstjährigen Lohnbewegungen zu beschäftigen haben. Zweifellos wird die Aktion dazu beitragen, die Verbandsmitglieder über die Bestrebungen der Holzindustriellen genügend informieren zu können.

Ein katholischer Geistlicher und die Heiligkeit der Ehe. Am Bahnhof in Bamberg (Bayern) gab es dieser Tage eine aufregende Szene: ein katholischer Geistlicher prügelte sich vor allen Leuten mit einem Arbeiter herum. Ersterer war der Benefiziat Hamm, letzterer der Goldarbeiter Wagner. Zwischen den beiden besteht schon seit Jahren eine grimmige Feindschaft, die ihren Ursprung in verschiedenen Prozessen hat, in denen der Arbeiter erklärte, daß der Benefiziat der Zerstörer seines Familienglücks sei. In einem Prozeß wurde feinerzeit festgestellt, daß Benefiziat Hamm mit der Frau des Goldarbeiters Wagner Heisen machte. Die Ehe wurde geschieden. Frau Wagner soll noch heute fleißiger Gast bei dem Benefiziaten Hamm sein. Schon im vorigen Sommer wurde Hamm von Wagner auf der Festwiese verprügelt. Er unterließ es aber, Anzeige zu erstatten. Als sich die beiden nun wieder am Bahnhof trafen, ging es abermals los. Die Einleitung bildeten ein paar kräftige Ohrfeigen, die der hochwürdige Herr seinem Gegner ver setzte, worauf der Arbeiter den Geistlichen gründlich mit dem Regenschirm bearbeitete. Aber deshalb können wir doch täglich in der Zentrums- und Christlichen Gewerkschaftspresse lesen, daß nur die „Schwarzen“ Sittlichkeit und Moral in Erbpacht genommen haben.

Schon wieder eine christliche Verleumdung gerichtlich festgestellt! Der Geschäftsführer der Zweigkette Lüdenscheid des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Genosse Ferdinand Schmidt, war gelegentlich einer Bauarbeiterausperrung von den Christlichen schwer verleumdet worden. Der Christliche Wagner hatte behauptet, Genosse Schmidt habe deshalb eine Einigung herbeiführen wollen, weil er bestochen sei. Ein anderer Christlicher namens Reidt hatte behauptet, daß Genosse Schmidt hinter dem Rücken des Christlichen Bauarbeiterverbandes, mit dem zusammen der Kampf geführt wurde, einen Vertrag mit den Unternehmern abgeschlossen habe und ihn als einen Lumpen bezeichne. Genosse Schmidt strengte Privatklage an, über die das Schöffengericht in Hagen i. W. verhandelte. Durch Zeugen wurde festgestellt, daß die Behauptungen der beiden Christlichen unwahr waren und daß Genosse Schmidt völlig korrekt gehandelt hat. Das Urteil lautete gegen Wagner auf 6 Mark und gegen Reidt auf 10 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten. Ob die schwarze Presse, die feinerzeit die Verleumdungen weiter verbreitete, jetzt jowiel Anstand aufbringen und das bebauern wird?

Literarisches.

Verjährtes Volk. Unter diesem Titel gelangt soeben im Verlag der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. in Berlin SW. 68 eine Sammlung Erzählungen und Satiren aus der Feder von Robert Gröbisch zur Ausgabe. Der Preis ist wie bei den früheren Bänden der Vorwärts-Bibliothek gebunden 1 M.

Als humoristisch-satirischer Erzähler ist Robert Gröbisch der Arbeitererschaft längst bekannt. Seit Jahren erscheinen seine Arbeiten in den Spalten der Arbeiterpresse. Jetzt legt er eine Sammlung humoristisch-satirischer Geschichten auf den Büchertisch. „Verjährtes Volk“ heißt das Buch, und dieser Titel trifft. Leute aus dem Volke, schnurrige Künze, schlicht-einfache Naturen, an denen man im Alltag leicht vorübergeht, zieht Gröbisch aus ihrer Verborgenheit hervor, zeigt sie uns in ihren kleinen und großen Schmerzen, in Situationen, Umständen und Beleuchtungen, die das menschlich-komische Gehaben dieser Typen ergötzlich sichtbar werden lassen. Es ist ein Buch, das über Menschlich-Allzumenschliches lachen macht, ohne die sozialen Misse unserer Zeit zu vergessen. „Verjährtes Volk“ ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Aus dem Verbands ausgeschlossen wurden: In Schwarzenbach der Steinarbeiter Küfner, in Bensheim der Steinmetz Joh. Gebhard Brüllke, beide nach § 3 Abs. 5b des Statuts.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 4. bis mit 9. November 1912.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosensmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).
Bruchmühl, M. 2.—, Kassel, B. 35.70, K. 0.40, M. 1.40. Nordendorf, Div. 24.06. Wildemann, B. 29.40, K. 1.60. Ronig, B. 4.—, Wittenberge, B. 3.60, Div. 0.20. Hannover, B. 3.60. Neufag, B. 3.—, Mäbendorf, B. 2.—, Friedland, K. 0.10. Salzwedel, B. 1.50, E. 0.50. Odenheim, K. 0.60. Droyßig, B. 4.—, K. 0.10. Ringenmünster, B. 4.—, M. 0.20. Dahme, B. 4.80. Pöbner, B. 4.80, K. 0.20. Zweibrücken, B. 10.50, K. 1.40, M. 0.20. Selbig, B. 32.98, K. 0.30, M. 0.40. Rammelsbach, B. 256.—, Minchnach, B. 4.68, E. 1.50, K. 0.50, M. 0.40. Oberlungwitz, B. 51.45, K. 0.30. Osterholz, B. 42.—, E. 0.50, M. 6.25. Meißn II, M. 31.20, Ins. 11.20. Verbach, B. 111.24, E. 2.50, K. 2.20. Zah, B. 32.70, K. 0.10, M. 3.20. Päslich (Sa.), B. 369.40, E. 2.—, K. 6.80, M. 1.20, Ins. 3.20. Hohenberg, B. 138.36, E. 1.50, K. 1.10, M. 7.—. Dürr-Arnsdorf, K. 9.75. Eschershausen, B. 238.—, M. 10.50. Kalkend, B. 42.34, K. 1.90. Nebra, B. 21.—, K. 1.50. Oldenburg, B. 125.03, E. 1.50, K. 5.65, M. 3.—. Osterholz, B. 398.80, M. 1.20. Steinerp, B. 34.06, E. 2.—, K. 0.40. Striegau, Div. 0.20. Dillingen, B. 5.—. Tangermünde, B. 4.80. Neuhaldensleben, B. 5.40. Paderleben, B. 6.—. Worms, B. 16.80. Röditz, B. 1039.06, E. 23.75, K. 121.10, M. 4.—. Bonn, B. 46.50, K. 0.10, M. 2.—. Hafferode, B. 505.44. Porta-Haverstädt, B. 69.—, M. 1.—. Arnsdorf-Königs-hain, B. 260.—. Flonheim, B. 3.60, E. 1.—. Altloster, B. 2.40, E. 0.50. Brunsbüttelhafen, B. 16.20. Wittenberge, B. 5.—. Reinheim, Ins. 8.40. Ostau, Ins. 3.30.

Ludwig Geiß, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

5. Gau. Berichtigung. Durch ein Versehen ist in voriger Nummer Kollege Hauber als Gauleiter bekanntgegeben. Die Wahl soll aber erst in der am 8. Dezember, vormittags 11 Uhr, im Gasthaus zur Forelle in Erfurt, Grafengasse, stattfindenden Konferenz vorgenommen werden.

Deutscher. Der Kollege Joseph Spranger aus Neuhausen (Bay.) wird ersucht, seine Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Es handelt sich um eine briefliche Mitteilung.
Albert Schlegel.

RECHEN ANZEIGEN

Zahlstelle Mayen (Rhd.).

Sonntag, den 17. November, nachmittags 2 1/2 Uhr
im Lokale des Herrn Diederich
Mitglieder-Versammlung.
Abends 8 Uhr, daselbst

Familien-Abend
unter gest. Mitwirkung des Arbeiter-Sängervereins „Dyra“
und mehrerer Humoristen. — Eintritt frei.

Dienstag, den 19. November, abends 8 Uhr

Öffentliche Gewerkschafts-Versammlung.
Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Karl Spiegel.
Wir hoffen, daß beide Veranstaltungen massenhaft besucht werden.
Die Verwaltung der Zahlstelle Mayen.

Neuheit für Steinmetzen!
Stockhammer
mit auswechselbaren Zahnflächen
Marke „Simplon“.
Prospekte gratis.
Albert Baumann, Ave (Erzgeb. 12)
Härtwerk und Werkzeugfabrik.



Die besten Arbeiter-



Hosen, Westen, Jacketts, blaue Jacken, Unterhosen, Pelermans, Lodenjoppen, Kindermäntel und Ulster, Stoffanzüge nach Maass, erhalten Sie in der Kleiderfabrik von
Ernst Wünsche in Neugersdorf (Sachsen) 19.
Fabrik-Niederlage Oberkauffung a. d. Katzbach.
Vertreter Paul Derrlinger, Gräben b. Striegau Nr. 25
Garantie für tadellosen Sitz.
Billigste Preise.

Schürzen
Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Buckskin-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Granitsteinmehlen
stellt noch ein **Daul & Tollert, Beucha** (Bez. Leipzig).
4 bis 5 tüchtige Pflastersteinhämmer
werden bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung aufgenommen.
Johann Schmidt, Steinmetzmeister, Wölmsdorf (Böhmen).

Heibingsfeld. Die Kollegen Christian Birke und Johannes Matutschka mögen in Bälde den Verpflichtungen des Lokalwirtes gegenüber nachkommen.
Die Ortsverwaltung.

Leipzig. Franz Liborius, Dein Buch ist gefunden.
Paul Starke, Zeiger Straße 32, IV.

Mainz. Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß das Reise-geld im Gewerkschaftslokal „Zum goldenen Pfing“, Welschnonnen-gasse, ausgezahlt wird. Während der Wintermonate werden dort auch die Schlafmarken abgegeben.
Robert Korn.

Unsen. Den reisenden Kollegen diene zur Nachricht, daß das Ortsgehalt nur auf Platz Wellhausen ausgezahlt wird. — Die Kollegen, welche bei Mensing (Steinbruch Samelzpringe) in Arbeit treten, haben sich sofort in der Zahlstelle Unsen anzumelden, damit ihnen der „Steinarbeiter“ richtig zugestellt werden kann.
Die Ortsverwaltung.

Adressen-Änderungen.

Chrißingsdorf. Vorf.: Paul Harz, Weimar, Gartenstraße 25, II. Leipzig II. Vorf.: Ludwig Peiser, L.-Volkmarzdorf, Jda-strasse 34, I. r. Kass.: Walter Otto, Leipzig-Grüßlich, Theresien-strasse 35, pt. I.

Marktzeuthen. Vorf.: Georg Raab, Jakobsbau. — Zureisende haben sich, bevor sie um Arbeit anfragen, bei der Ortsverwaltung zu melden.

Schreiberhau (Niesengeb.). Vorf. u. Kass.: Aug. Siebig, Nr. 27. Witten a. Ruhr. Kass.: R. Friedrich Wittmann, Breite Str. 94. Das Ortsgehalt wird auf Platz Schweden, Auguststraße, von morgens 8—12 Uhr und nachmittags 2—7 Uhr, ausgezahlt.

Briefkasten.

Sch. Wir müssen ersuchen, daß in Zukunft auch ein Restüme gegeben wird über das, was die Diskussion ergeben hat. — B. Zu a: 1 Quadratmeter = 10,151 Quadratfuß. Zu b: 1 Quadratrute = 14,185 Quadratmeter; mithin 60 Quadratruten = 851,1 Quadratmeter. Diese Maßbezeichnungen scheinen in Berlin noch sehr üblich zu sein. Dann noch zu c: 1 Kubikfuß = 0,030916 Kubikmeter; somit 30 Kubikfuß = 0,9224 Kubikmeter. — J. R. Damit ein-verstanden. Aber, bitte gut durcharbeiten. — W. K. in K. Stein-mehlen bestehen in Herbst (Anhalt) und Worms. Erstere hat fünf Kurse, letztere nur zwei. Der Versuch eines Kurzes (Dauer fünf Monate) kostet etwa 400 M. Die Winterkurse haben mit dem 22. Oktober begonnen. Lasse Dir doch die Programme kommen. Postkarte genügt. — Saupersdorf, M. Gilt auch für Dich. Das Gehirnschmalz muß schon a bisl angestrengt werden.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeits-verhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Neue billige Betten
Bettfedern und Daunennetze
reicht Qualität. Große 1 1/2schläf. Ober-, Unter-, 2 Kissen, hoch, echol. dicht Daunennetze m. 18 Pfd. Haibdaunen, frei ins Haus nur M. 25.—, noch zarter 20 Pfd. extrafein 34 Pfd. m. Gänsehalb-daunen 44 Pfd. Ober- u. Unter- u. Daunennetze je 5.— mehr. Gänge, Barren, ev. Geld zurück. Bett- u. Federstoffe frei.
Bettenfabrik Herm. Eberle, Kassel 55

Tüchtiger Dreher
für alle Gesteinsarten findet dauernde Stellung. Schriftl. Meldung.
Philipp Holzmann & Cie., G. m. b. H.
Frankfurt a. M., Steinmetzabteilung.

Tüchtige Bossierer
für Dresdner Pflastersteine werden gegen hohen Lohn und dauernde Beschäftigung aufgenommen. Zu melden bei
Georg Grill, Nirdorf (Böhmen).

20 bis 25 Bossierer und Auschläger
für Groß- und Kleinpflaster (Quarzporphyr) für dauernd bei hohem Akkord gesucht. Offerten an die
Ostauer Steinindustrie, Ostau (Kreis Bitterfeld).

Steinmetz Gustav Dönicke
geboren am 20. Dezember 1878 in Gatterstedt (Kreis Querfurt), wird gebeten, seine jetzige Adresse dem Unterzeichneten bald mit-zuteilen. Er soll in einer Krankenkassen-Angelegenheit befragt werden.
Der Magistrat zu Löwenberg (Schles.).

Einige tücht. Marmorerschleifer
im Polieren und Ritzen von buntem Marmor erfahren, werden für dauernde Arbeit eingestellt.
Serpentinwerke Jöblig (Erzgebirge).

Zwei tücht. Maschinenschleifer
stellen noch ein
Granitwerk Wittmann & Birr, Bülow (Mecklb.).

Guter Werkzeugschmied sucht dauernde u. lohnende Arbeit auf Granit. Off. unt. Lohnangabe an **Aug. Schopf, Zeigschmied, Aicha a. W. (Niederbay.).**

Gestorben.
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden).
In Hamburg am 10. November der Sandsteinmetz Otto Oskar Uhlig, 48 Jahre alt, an Lungenkatarrh.
In Kiefernfelden am 6. November der Marmorarbeiter Otto Guttary, 52 Jahre alt, an einem Magenleiden.
In Mayen am 10. November der Pflastersteinhämmer Georg Kaiser, 40 Jahre alt, an Gehirnentzündung.
In Struppen (Zahlstelle Pirna) am 8. November der Sandsteinmetz Wilhelm Schöne, 53 Jahre alt, an der Berufs-krankheit.
In Würzburg am 10. November der Sandsteinmetz Martin Schäffer, 46 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Die Lohnbewegung der Marmorarbeiter zu Düsseldorf.

Seit einigen Wochen befinden sich die Kollegen der Marmorbranche in Düsseldorf in der Lohnbewegung. Der bis dahin bestandene Tarif war zum Ablaufstermin gekündigt und den Unternehmern eine neue Tarifvorlage unterbreitet worden. Die Unternehmern sind in der Vereinigung der Marmorgeschäftsinhaber zu Düsseldorf und Umgebung organisiert. Durch den Vorsitzenden der Vereinigung wurde dem Zahlstellenvorstand, dem Kollegen Kuz, mitgeteilt, daß sie zu Verhandlungen über den eingereichten Tarifentwurf bereit seien. Eine Kommission von 4 Kollegen sollte sich mit einer gleichstarken der Unternehmern zu Verhandlungen einfinden. Eine Teilnahme des Gauleiters als Vertreter des Zentralvorstands wurde jedoch nicht gewünscht, demgemäß wurde auch kein Vertreter der Unternehmerorganisation zugezogen.

Über den umfangreichen spezialisierten Tarif fanden eine Anzahl Sitzungen statt, die auch über die Lohnhöhen und Affordpositionen eine vorläufige Einigung brachten. Dagegen waren die Unternehmern nicht zu bewegen, von der bestehenden zehnstündigen Arbeitszeit eine Verkürzung zu bewilligen. Die Verhandlungen waren gescheitert und die Kollegen beschloßen, die Sache laufen zu lassen. Da die Firma Rheinische Marmorwerke zu Rath bei Düsseldorf dringende Arbeiten zu erledigen hatte, so verlangte sie, daß von den Polierfirmen Ueberstunden gemacht würden. Die Kollegen verzweifelten diese, da laut Versammlungsbefehl keine solchen während der Tarifverhandlungen gemacht werden durften. Herr Jakob, als Mitinhaber der Firma, entließ sofort die Polierfirmen. Sämtliche Monteure der Firma erklärten sich mit den Kollegen solidarisch. Mit Herrn Jakob fanden verschiedene Besprechungen zwecks Wiedereinstellung statt, die aber keine Einigung brachten. Von einer Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter könne keine Rede sein. Von Herrn Jakob war nun gewünscht worden, der Gauleiter möchte mit ihm persönlich über die Beilegung der Differenzen verhandeln. Das lehnte der Gauleiter ab, er erklärte sich aber bereit, als Vertreter des Verbands im Beisein der Kommission zu verhandeln.

Nachdem dies von Herrn Jakob bewilligt war, fanden dann zwei Besprechungen statt. Es wurde der Vermittlungsvorschlag gemacht, die gemäßigten Polierfirmen wieder einzustellen und keine Ueberstundenarbeit zu verlangen. Eine Versammlung, welche dann am 24. Oktober stattfinden würde, könne ja wegen den Ueberstunden eventuell einen neuen Beschluß fassen. Auch dies lehnte Herr Jakob ab. Die andern noch im Werke beschäftigten Kollegen hatten das Versprechen abgegeben, sobald die Verhandlungen resultatlos verliefen, alle die Arbeit niederzulegen.

Die Kollegen wurden von dem Ausgang der Verhandlungen verständigt und alle Mann bis auf wenige Tagelöhner verließen den Betrieb. Als sehr erfreulich war es zu bezeichnen, daß alle belgischen Kollegen geschlossen mit in den Streik traten. Insgesamt waren von den Rheinischen Marmorwerken 103 Kollegen in den Streik getreten. Am 25. Oktober fanden seitens der Streikkommission mit dem Vorsitzenden der Unternehmern Herrn Liebetrau weitere Verhandlungen statt. Die Kommission machte folgenden Vermittlungsvorschlag: 1. Die Arbeitszeit wird von 10 Stunden auf 9 1/2 Stunden reduziert und zwar vom 1. Januar 1913 ab. 2. Die Lohnsteigerung beträgt in den 3 Tarifjahren am Stundenlohn 2, 3 und 2 Pfg., also in drei Jahren 7 Pfg. 3. Die Akordpreise bleiben so, wie sie die Kommission durchsetzen hat. Am Abend wurde dem Vorsitzenden die Mitteilung, daß die Unternehmern dieser Vereinbarung zugestimmt hätten. Am 25. und 26. Oktober fanden dann nochmals mit Herrn Jakob und den andern Herren der Zeitung Verhandlungen statt, es wurde ein Einverständnis dahin erzielt, daß Herr Jakob die entlassenen Polierfirmen wieder einstellt, desgleichen sein Einverständnis erklärt, daß der allgemeine Tarif auch für die Rheinischen Marmorwerke ab Montag Gültigkeit hat. Nur weigerte er sich, den Maschinisten Dhm wieder einzustellen, er gab an, dieser habe die Maschine im Stich gelassen, was aber von Dhm entschieden bestritten wurde. Dann machte Herr Jakob noch die Mitteilung, daß er voraussichtlich noch einige Hofarbeiter nicht direkt einstellen könne, denn er habe inzwischen Ersatz gefunden.

In der Betriebsversammlung erklärte der Maschinist Kollege Dhm, sie möchten nicht länger wegen seiner Person streiken, er fände auch andere Arbeit. In Anbetracht aller Verhältnisse machte Kollege Hermann den Kollegen den Vorschlag, den Vereinbarungen mit der Leitung der Rheinischen Marmorwerke zuzustimmen. Dem widersprach der Vertreter der christlich organisierten Arbeiter, Herr Sekretär Fingerhut aus Köln. Er befürchtete, daß gerade die Mitglieder seiner Organisation, weil schon Ersatz da sei, bei Aufhebung des Streiks arbeitslos bleiben würden. Auch sei den Mitgliedern seines Verbands von der Streikkommission versprochen worden, daß die Arbeit nicht eher aufgenommen würde, als bis der letzte Mann wieder anfangen könne. Von verschiedenen Rednern wurde aber Herr Fingerhut klar gemacht, daß es noch gar nicht bestimmt

sei, ob gerade Mitglieder von seinem Verbande darunter seien. Der Gauleiter erklärte sich bereit, den Herrn Jakob zu eruchen, keine christlich organisierten Arbeiter von der Wiedereinstellung auszuschließen, lieber solle er dies dann bei den freiorganisierten tun. In geheimer Abstimmung wurde nun beschlossen, den Vereinbarungen der Kommission zuzustimmen und den Streik mit dem 27. Oktober für beendet zu erklären. Eine am Abend in Düsseldorf stattgefundene Versammlung der Marmorarbeiter beschloß dann den Tarif mit den Unternehmern der Marmorbranche abzuschließen. Die Unterzeichnung des Tarifs fand am 30. Oktober statt. Alle Kollegen sind in Rath wieder in Arbeit getreten, auch von den christlich organisierten blieb keiner auf der Strecke. Die Angst des Herrn Fingerhut war somit unnötig. In der Nummer 45 der christlichen Keramzeitung wird nun das Endergebnis so dargestellt, als wenn die Arbeit bedingungslos von den Kollegen wieder aufgenommen worden wäre. Es heißt in dem Geschreibsel, „nachdem die Polierfirmen wieder bereit waren, an ihre Arbeit zurückzukehren“, wurde die Aussperzung auf dem Rheinischen Marmorwerk wieder aufgehoben. Dabei muß doch Herr Fingerhut wissen, daß es gar keine Aussperzung, sondern ein Streik war. Ansehend hat er den Redakteur falsch informiert. Den christlich organisierten Arbeitern war doch weiter im Beisein des Herrn Fingerhut erklärt worden, daß es bei dem Tarifabschluß nicht möglich war, die Regelung der Hilfsarbeiterlöhne durchzudrücken. Es soll darüber noch später ein besonderer Entwurf ausgearbeitet und den Unternehmern der Marmorbranche unterbreitet werden.

Unsre Schuld ist es nicht, wenn die Hilfsarbeiter solange mit dem Anschluß an unsern Verband gezögert haben, inzwischen haben sie ja eingesehen, daß nur die Organisation ihnen zu besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen verhelfen kann.

Zum Schluß sei noch eines Streikbrecheragenten gedacht. Der betreffende etablierte in einem Hotel in Weglar ein Anwerbsbureau für Streikbrecher. Er hatte auch Glück, denn zwei Marmorarbeiter kamen zu ihm. Damit sie Mut bekamen, wurde mader gezeit. Den Streikbrechern wurde versprochen: 1. Wer am nächsten Morgen nach Düsseldorf fährt, bekommt gleich 20 Mk. 2. Per Schnellzug wird er expediert. 3. Die Woche bekommt er 35 Mk. und freie Station. 4. Am Tage gibt es viermal Fleisch und vier Flaschen Bier. Da die zwei Kollegen aber glaubten, sich bei der starken Fleischkost den Magen zu verderben, so verzichteten sie auf die Anwerbung. Um noch das dumme Gesicht des geprellten Streikbrecheragenten zu beobachten, sagten sie ihm, daß sie freiorganisiert seien, und gaben ihm den „Steinarbeiter“, worin stand, daß die Düsseldorf Kollegen im Streik seien. Der gute Mann versuchte dann noch in Willmar einen Waggon Streikbrecher zu verladen, aber auch da war alle Liebesmühe umsonst. Die Kollegen in Willmar und Diez waren informiert.

Betrachten wir das Endergebnis der Lohnbewegung, so können wir wohl nicht von einem großen Erfolg berichten, aber durch die Einigkeit der Kollegen ist immerhin ein Achtungserfolg erreicht worden. An den Düsseldorf Kollegen wird es nun liegen, durch Zusammenhalten dazu beizutragen, daß die Bestimmungen des Tarifvertrags hochgehalten werden.

Aus dem elsässischen Steinbruchsbezirk.

In der Nr. 308 der „Straßburger Neuen Zeitung“ vom 4. November 1912 schreibt ein Herr S. Klein aus Diemeringen unter der Ueberschrift: Ein schwerer Mißstand in der Steinindustrie des Elsasses folgendes:

„Die Sandsteinindustrie unseres Landes macht zurzeit eine schwere Krise durch. Die allgemeine Finanzkalamität, die eine starke Einschränkung der staatlichen wie privaten Bautätigkeit verursacht hat, und die immermehr zunehmende Verwendung des Eisenbetons, die den Sandstein durch Zementverputz ersetzt, haben eine ganze Reihe früher stark beschäftigter Sandsteingruben still gelegt. Hunderte von Arbeitern sind dadurch brotlos geworden, und der Rest ist gezwungen, um jeden von den Arbeitgebern angegebenen Lohn zu arbeiten. Die Höhe des Lohnes ist gegen früher um die Hälfte reduziert, zumeist weiß der Arbeiter gar nicht, welchen Lohn er am Tag zu gut hat, er muß mit der Abrechnung zufrieden sein, die der Meister macht, wenn er überhaupt noch Beschäftigung finden will.“

Diese Notlage der Steinarbeiter wird dazu noch von einer Reihe von Steinbruchbesitzern bzw. ihren Geschäftsführern in einer Weise ausgenützt, auf die unbedingt einmal die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit gelenkt werden muß. Durch Führen eines Flaschenbierhandels haben die Steinbruchbetriebe — zumal bei dem stotenden Geschäftsgang — weniger Interesse an guten Arbeitern als an solchen, die tagtäglich einen ganz erheblichen Teil ihres fauer verdienten Lohnes in Flaschenbier umsetzen, das vor, während und nach der Arbeit ihnen auf der Arbeitsstelle verabreicht wird. Wenn auch der Nachweis, daß zum Trinken direkt anmietet wird, dadurch schwer erbracht werden kann, daß die Arbeiter völlig

in der Hand der Arbeitgeber sind, so ist es auf der andern Seite sicher, daß Arbeiter, die das Flaschenbiergeschäft ihres Meisters nicht in der gewünschten Weise fördern, mit weniger lohnenden Arbeiten beschäftigt werden.

In welcher Weise aber Order pariert wird, läßt sich daran er-messen, daß mehrere Male wöchentlich Biertransporte in die Stein-gruben gehen, und daß der Umsatz sich monatlich auf mehrere Tausend Flaschen Bier in einem einigermaßen beschäftigten Be-triebe beläuft.

Die große Gefahr des damit betriebenen Unwesens liegt darin, daß der Arbeiter sich zum leichtsinnigsten Biertrinken verleiten läßt, weil er kein Bargeld braucht, sondern ihm die Trinkgelder am Tag durch den Meister vom Lohne einbehalten werden. Das das im Arbeiterbudget bedeutet, läßt sich ermessen, wenn nachweis-bar im Durchschnitt ein Drittel bis die Hälfte des Lohnes, in nicht vereinzelt Fällen erheblich mehr einbehalten wird.

Dem steht der Arbeiter, wenn er nicht entlassen werden will, machtlos gegenüber, und auch der Regierung fehlt jeder Anhalts-punkt zum Einschreiten, obwohl das Vorgehen der Steinbruchbesitzer mit dem berichtigten und gesetzlich verbotenen Truchsystem eine verzweifelte Nohnlichkeit hat.

Es ist geradezu erschreckend, wieviel Unterernährung bei Kindern in unsern auf die Steinindustrie angewiesenen Dörfern sich findet, dazu nimmt die Verschuldung in einer Weise zu, die man in unsern Dörfern, in denen die meisten Arbeiter noch Landwirtschaft betreiben, nicht für möglich halten sollte. Auf welches Konto die Hauptschuld zu setzen ist, ist dem Kenner der Verhältnisse klar; nicht minder ist aber auch, daß in diesem den schrankenlosen Alkoholismus fördernden System die Hauptursache dafür liegt, daß so viele Stein-arbeiter unserer Gegend im allerbesten Mannesalter arbeitsunfähig werden und der Lungenkrankheit zum Opfer fallen.

Es ist Zeit, daß kompetente Kreise diesem Mißstand ihr Augen-merk zuwenden und für Abhilfe sorgen.“

Obige Zuschrift stammt vermutlich aus bürgerlichen Kreisen, entspricht aber leider nur zu sehr den Tatsachen. Ist genug haben wir diesen Zustand im „Steinarbeiter“ geschildert. In Wirklichkeit ist es noch viel schlimmer. Nicht nur Bier wird den Arbeitern auf diese Weise fast aufgenötigt, sondern auch Schnaps. Die Be-richte der elsass-lothringischen Gewerbeinspektion liefern darüber traurige Beweise. Die brutale Entlassungstaktik der Unternehmer schreckt die Arbeiter aber zurück, den ermittelnden Behörden die Wahrheit zu sagen.

Alle Versuche, die Widerstandskraft der Kollegen gegen dieses System zu stärken und sie der Organisation zuzuführen, sind ge-scheitert. Mit allen nur denkbaren Mitteln haben die Unternehmer die Angliederung der Arbeiter an den Steinarbeiterverband zu ver-hindern gesucht. Versammlungsverbot, Saalabtreiberi, Maß-regelungen, 1905 eine allgemeine Aussperzung der organisierten Ar-beiter wurden angewendet. Der Erfolg war, daß heute die Organi-sation im ganzen Steinbruchsgebiet aufgehört hat zu existieren.

Sehr beachtenswert ist der Hinweis des Herrn Klein auf die zunehmende Verschuldung in den auf die Steinindustrie an-gewiesenen Dörfern. Die Geldgeber sind meist Unternehmer, die damit den letzten Rest des Widerstands der Arbeiter brechen. Das Vorhubswehen besteht im unheimlichen Umfange.

Nicht ohne Schuld an diesen bedauernswerten Zuständen sind aber trotzdem die Arbeiter. Seitens des Verbands sind jahre-lang immer und immer wieder Versuche unternommen worden, um die Kollegen zu gewinnen. Alle erfreulichen Anfänge brachen nach kurzer Zeit wieder zusammen. Die Arbeiter wissen sehr gut, daß ihnen nur durch Anschluß an die Organisation eine wirksame Hilfe geboten werden kann. Als die Aussperzung 1905 diktiert wurde, kamen die geängstigten Arbeiter scharenweise zur Organisation. Dasselbe wiederholte sich 1910, als eine große Arbeitslosigkeit durch die allgemeine Bauarbeiteraussperzung drohte. Jedesmal ver-liefen sich die Kollegen aber schnell wieder, wenn die Gefahr vor-über war. Seitens der Unternehmer wird den Arbeitern der Ge-danke suggeriert, daß die Straßburger Steinhauer sie nur dem Ver-bande zuführen wollen, damit der Straßburger Tarif auch für das Steinbruchsgebiet zur Einführung gelangen könnte. Dadurch wür-den die Arbeitslöhne dort so verteuert, daß die Straßburger die Steinbruchs Konkurrenz nicht mehr zu fürchten brauchten. Die Folge wäre dann, daß die Arbeiten in Straßburg angefertigt und die Steinarbeiter des Bruchsgebiets arbeitslos würden.

Wie recht wir hatten, als wir den Kollegen das Unmögliche einer solchen Anschauung darlegten, beweisen die heutigen Zustände. Die Kollegen hielten sich jahrelang von der Organisation fern und unterließen jeden Versuch einer Verbesserung ihrer bescheidenen Löhne. Trotzdem ist die Arbeitsgelegenheit immer geringer gewor-den und die Löhne sind gegen früher um die Hälfte reduziert worden.

Beim Bestehen einer guten Organisation wären die Verhält-nisse niemals so traurige, wie heute geworden. Die Organisation kann weder die Arbeitsgelegenheit verringern, noch erhöhen. Das hängt von Umständen ab, die außerhalb des Einflusses der Or-ganisationen liegen. Aber sie kann das Herabsinken des Lohns

Die neue Grabmal-Ausstellung in Frankfurt a. M.

(Veranstalter: Der Verband deutscher Granitwerke.)

Will man versuchen, ein Bild zu geben über die neue Grabmal-ausstellung in Frankfurt a. M., so muß man meines Grachten-zurückgehen auf die Entstehung dieser Ausstellung. Es soll hier nicht auseinander gesetzt werden, wie sich die neue Kunstströmung oder die künstlerische Umgestaltung unsrer Friedhöfe im allgemeinen ent-wickelt hat, da dies im „Steinarbeiter“ bereits geschehen ist. Es soll hier nur geschildert werden, wie die Reformbewegung sich hier in Frankfurt vollzogen hat.

Vor ein paar Jahren setzte auch hier die Bewegung ein, unsre Friedhöfe in künstlerischer Beziehung besser auszugestalten, und zwar ging die Sache direkt mit von der Wiesbadener Künstlerge-sellschaft aus, unter Führung von Dr. Grolmann. Schreiber dieses hat die ersten Denkmäler in Muschelkalk selbst mit ausgeführt, die be-reits in Darmstadt und Wiesbaden die Ausstellung mit geziert haben. Wie gesagt, dies war der Anfang, und waren diese Aus-stellungen fast nur der Propagierung des Muschelkalk und ganz ver-einzelt auch dem Marmor gewidmet. Wie anderwärts, so sollte auch hier nur Muschelkalk, Sandstein und Marmor verwandt wer-den, Granit war vollständig ausgeschlossen. Das nannte sich dann die sogenannte „Reformbewegung“ zur künstlerischen Um-gestaltung unsrer Friedhöfe.

Unsre Friedhöfe zeigten ja selbstverständlich dasselbe Bild, wie wo anders auch, von einer künstlerischen Ausgestaltung war keine Rede. Aber mit dem, was obengenannte Gesellschaft, und der hie-sige Magistrat oder das Friedhofsamt, mittamt seinen künstlerischen Beiräten hier bis jetzt geschafft haben bzw. bezwecken wollten, ist nichts andres als eine einseitige Bevorzugung von zwei Mate-rialien: Kalkstein und roter gestamelter Sandstein. Granit und rein weißer Marmor soll nur in Ausnahmefällen zugelassen werden. Also, anstatt daß man versucht, die Dugendware und das unabhä-ssliche unsrer Friedhöfe so zu gestalten, daß alle Stein-arten dort in wahrhaft künstlerischen Entwürfen vertreten sind, geht man her und verbietet einfach die besten und dauerhaftesten

Materialien, die unbedingt bei unserm Publikum den Vorzug haben, allerdings leicht, so ohne weiteres auf dem Wege der Verordnung verboten werden können. Kurz und gut, die Sache artet in eine Materialfrage aus. So entstand die erste Grabmalausstellung hier im Jahre 1910, genannt „der Musterfriedhof“, veranstaltet vom hiesigen Magistrat, den Grabmalgeschäften und hiesigen und aus-wärtigen Künstlern. Nun läßt sich ja eine Neuerung nicht von heute auf morgen auf dem Verordnungswege einführen, und stets gehören immer mehrere dazu, das Geplante zur Ausführung zu bringen, nämlich Künstler und Steinmetzmeister, und das Publi-kum, das die Sache kaufen soll.

Wie wurde nun dieser „Musterfriedhof“ vom Publikum auf-genommen? Da kann man nun sagen, daß die Sache gerade insolge der einseitigen Ausstellungsweise (fast nur Muschelkalk und nur ein einziges Granitkreuzdenkmal in gestocktem Odenwaldgranit), sowie die Denkmäler für „Kaufgräber“ in Frage kommen beim Publi-kum, auch nicht die geringste Sympathie wahrgenommen hat. Troz-dem in künstlerischer und technischer Beziehung die Denkmäler ein-wandfrei hergestellt waren. Was die „Reihengräber“ anbetrifft, wo doch früher die Dugendware besonders kraß in Erscheinung trat, so war hier das Bild nicht viel anders. Außer Muschelkalk und Sandstein waren auch einige Steine in gestocktem Granit ausge-führt. Von poliertem Gestein, Granit war nichts zu sehen, eben-falls kein weißer oder anderer Marmor. Aber hier kam nun das Fiasko dieses Musterfriedhofs draßtig zum Ausdruck, indem von den Denkmälern für „Kaufgräber“ nicht ein einziges verkauft wurde und Reihengräber eins oder zwei. Kann die „Einseitigkeit“ einer Friedhofsverwaltung, die in der Ausstellung selbst und in der Aufnahme durch das Publikum zum Ausdruck gekommen ist, besser dargetan oder bewiesen werden?

Wie oben schon angeführt, hat ein hiesiger-Steinmetzmeister im Auftrage und nach den Plänen der Wiesbadener Künstlergesellschaft eine ganze Anzahl Denkmäler in Muschelkalk ausgeführt, gegen die durchaus nichts einzuwenden ist und die schon in Darmstadt, Wies-baden und hier ausgestellt waren, aber bis jetzt noch kein einziges davon verkauft. Damit soll nur bewiesen werden, daß das Publi-kum und speziell das Frankfurter mit Vorliebe immer noch Granit-denkmäler kauft. Trotzdem auf der andern Seite auch konstatiert werden muß, daß unsre Friedhöfe durch den Muschelkalk, das heißt

durch die Abwechslung in den Gesteinsarten in künstlerischer Be-ziehung entschieden besser gestaltet worden sind.

Man sollte nun glauben, daß unser Friedhofsamt durch das Fiasko, das es mit seinem „Musterfriedhof“ erlitten, geleert hätte. Das schien bis vor kurzem noch nicht der Fall zu sein, denn an den einzelnen Verordnungen, die herauskamen und die Denkmäler be-trafen, konnte man ersehen, daß der Granit in poliertem Zustand und der Marmor in rein weißer Farbe nur in den seltensten Fällen zugelassen werden sollen. Es heißt nach der Verordnung wörtlich: „Vorschriften über das zulässige Material sollen zwar nicht gegeben werden, es muß aber dem Friedhofsamt vorbehalten bleiben, die Verwendung von Materialien, welche sich für den vorgelegten Ent-wurf aus technischen oder künstlerischen Gründen nicht eignen oder deren Verwendung die einheitliche Wirkung der Grabstätte zu zer-stören geeignet ist, zu unterlagen.“

Also erst heißt es, Vorschriften über zulässiges Material sollen nicht gegeben werden, aber reinweißer Marmor, polierter Granit können nur in Ausnahmefällen gestattet werden. Die Herren auf unserm Friedhofsamt müssen doch jährlich mit Arbeit überlastet sein, daß sie den Widerspruch in diesen Sätzen nicht merken, denn wenn Marmor und Granit nur ausnahmsweise gestattet werden, so bedeutet das doch nichts andres, als einen Eingriff in den Ge-schmack und die Ansicht des Publikums. Um diese Verordnungen tobte nun hier seit ca. drei Jahren ein scharfer Kampf zwischen Fried-hofsamt, Magistrat und Unternehmern und Publikum. Hat jemand ein Denkmal gekauft, so muß wochenlang auf die Genehmigung durch das Friedhofsamt gewartet werden, wenn dieselbe nicht ganz und gar verjagt wird, weil eben das Denkmal dem Geschmack der künst-lerischen Beiräte nicht entspricht. Mit einem Federstrich wird ein Entwurf einfach durchgestrichen und als „nicht geeignet“ angesehen. Ja, unser Magistratsmitglied Dr. Fleisch, der Dezerent des Fried-hofswezens, seines Zeichens forschrittllicher Landtagsabgeordneter, geht auf dem Verordnungswege sogar so weit, zu verlangen, daß alle Denkmäler, die auf Vorrat angefertigt werden sollen, erst ihm zur Genehmigung vorgelegt werden. Ein Verlangen, das man einem solchen Mann nicht zutragen sollte, zumal es nach der Praxis der Herren wochen- und monatelang dauern würde, bis die Ent-würfe durchgesehen und genehmigt wären. Die Grabmalgeschäfte könnten in der Zeit zumachen, und die Gefellen einsteilen von ihren

auf eine Stufe vorwärts, auf der jede Existenzmöglichkeit aufhört. Sie kann verhindern, daß die Arbeiter durch ein verstecktes Trugsystem künstlich dem Alkoholgeißel in die Arme getrieben und dadurch der Verjüngung preisgegeben werden.

Wir wissen, daß auch die Arbeiter des eisässigen Steinbruchgebiets wieder den Weg zur Organisation finden werden, getrieben von den sich immer mehr zuspitzenden Verhältnissen. Es liegt nur an den Kollegen, wie lange sie noch gleichgültig zusehen wollen, wie weit sie sich ihr Lebensniveau herabdrücken lassen wollen, um wie lange sie sich ihre Lebenszeit momentan verlängern lassen.

Kommen wird die Auserziehung der Organisation auch dort. Daran werden auch die brutalsten Maßnahmen der Unternehmer nichts ändern. Zum großen Teil kommen im Steinbruchgebiet Firmen in Frage, die in Straßburg ihre Hauptbetriebe haben. In Straßburg heimleierten sie über angeblichen Terrorismus der Arbeiter und im Steinbruchgebiet betreiben oder dulden sie dann die schändlichsten Entrechtungen und den rücksichtslosesten Koalitionsraub. Es sind dieselben Unternehmer, die die Uebertragung der öffentlichen Arbeiten — staatliche und städtische — für sich in Anspruch nehmen. Pflichten gegen die Allgemeinheit oder die Arbeiterschaft kennen sie nur soweit, als sie zu deren Einhaltung durch behördliche Maßnahmen oder durch den Einfluß der Organisationen der Arbeiter gezwungen werden.

Angeht die der geschädigten Zustände muß mit Zug und Recht von den Behörden verlangt werden, mit rücksichtsloser Energie diese Mißstände zu beseitigen und auch bei Uebertragung von öffentlichen Arbeiten dafür zu sorgen, daß diese nur solchen Unternehmern zuteil werden, die ihren Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern im weitesten Maße nachkommen; die vor allem den Arbeitern das uneingeschränkte gesetzlich garantierte Koalitionsrecht gewährleisten, die jedes offene oder versteckte Trugsystem und jede Verleitung zum Alkoholgenuss vermeiden und die vor allem den Arbeitern Löhne gewähren, die ihnen eine Existenzmöglichkeit bietet.

Die Arbeiter und das Recht.

Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß die Rechtskunde im Volke wenig verbreitet ist. In der Volksschule wird ja allerdings gelehrt, was das Proletariat und, wenn es ins Erwerbsleben hinausgehoben wird, abjolut nicht gebrauchen und verwerten kann, was es als schädlichen Ballast oft lange mit sich schleppt, während es von wichtigen Dingen wenig oder gar nichts erfährt. Erst die freie Jugendbewegung hat es bemerkt, daß die Nachahmung der Frage des Unterrichts in der Bürgerkunde etwas näherer, wobei ja allerdings unter „Bürgerkunde“ von den junkerlich-kapitalistischen Staatsmännern und ihren Handlangern die Verherrlichung der Ausbeutungswirtschaft verstanden wird. Die Arbeiter hören und empfinden, daß sie im Klassenstaat nur als „Objekt“ der Gesetzgebung in Frage kommen sollen, was wenig geeignet ist, grobe Begeisterung für dieses „Recht“ zu erwecken. Man geht ihm daher möglichst weit auf dem Wege. So weiß denn das Volk wohl einiges über das Strafrecht, da man in dessen Fängen ja ohne eigenes Verbrechen verhaftet wird. Der Staatsanwalt greift sich seine Leute einfach heraus und schleppt sie vor die Äpfel. Und der Richter muß dann das Recht suchen und die Beweismittel schaffen.

Dem „bürgerlichen“ Recht, das auch bei den Gewerbestreitigkeiten und bei den Klagen am Gewerbegericht in Frage kommt, weiß die Mehrzahl der Arbeiter herzlich wenig. Da stellt in vielen Streitfällen der Kläger einfach seine Sache möglichst günstig hin und bekräftigt recht oft und energisch, daß er das so beschwören könne. Damit hält er seine Sache dann bereits für entschieden, natürlich zu seinen Gunsten, und er erwartet, daß der Richter das noch Nötige schon besorgen wird.

Im Zivilprozeßverfahren laufen die Dinge aber ganz anders wie beim Strafrecht. Am Gewerbegericht müssen die Parteien selbst in jeder Weise handelnd auftreten. Sie müssen die Beweismittel schaffen. Eine Behauptung ohne Beweis kann noch so fest und sicher vorgetragen werden, sie gilt für nichts, sobald die Gegenpartei erklärt: Ich bestreite das! Der im bürgerlichen Rechtsleben einen Klagenanspruch geltend machen will, muß sich darüber klar sein, ob er seinen Anspruch begründen und beweisen kann. Wenn sich der Klagende darüber nicht klar ist, geht er am besten zu einem Arbeitersekretär und fragt diesen um Rat. Bei den Arbeitsstreitigkeiten handelt es sich vielfach um Abmachungen unter vier Augen. Der Arbeiter ist dann später am Gericht oft sehr erstaunt, wenn die Gegenpartei eine für ihn ganz klare Tatsache rundweg abstreitet. In der Verblüffung darüber wird dann häufig verurteilt, auf die Anführung der Beweismittel bedacht zu sein.

Wer also klagen will, muß sich über seine Beweismittel klar sein. Als solche kommen in Betracht der Beweis durch Augenschein, durch Zeugnis, durch Sachverständige, durch Urkunden und durch den Eid. Auch das Zeugnis der Sachverständigen und der Zeugen ist in der Regel durch den Eid zu bekräftigen. Wenn ein Zeuge oder Sachverständiger eine dem Arbeiter günstige Aussage zu machen hat, dann ist die Beeidigung am besten ausdrücklich zu beantragen, wenn sie nicht vom Gericht aus schon erfolgt. Fehlen weitere Beweismittel oder genügen sie nicht, so kommt auch der Parteieid in Frage. Der beweispflichtige Teil kann dem andern Teil den Eid zuschieben. Der kann geleistet oder auch zurückgeschoben werden. Die Verweigerung der Eidesleistung kommt der Gegenpartei zugute.

Am Gewerbegericht sind die Vorsitzenden gesetzlich verpflichtet, möglichst auf Vergleiche hinzuwirken. Einem Vergleich zuzustimmen, ist dann angebracht, wenn der Anspruch zweifelhaft ist,

oder wenn er sich nur schwer oder auf sehr umständliche, zeitraubende Art beweisen läßt usw., nicht aber dann, wenn die Rechtslage klar ist, die wesentlichen Umstände zugunsten des Klägers sprechen und auch die Beweisführung nicht übermäßig schwer ist. Die Großunternehmer lehnen es oft „prinzipiell“ ab, Vergleiche am Gericht abzuschließen, die Arbeiter hingegen lassen sich oft genug zu ihrem Schaden von den Vorsitzenden bereben, Vergleichen zuzustimmen, wobei die Kläger mit ihren Ansprüchen ohne Grund weit herabgebrängt werden. Die Kosten der Klagen am Gewerbegericht sind ja in fast allen Fällen nur gering.

Wenn die eine Partei am Gericht auf die erfolgte Ladung hin nicht erscheint, dann wird in der Regel ihr Unrecht angenommen und es kann ein Verurteil zugunsten der erschienenen Partei beantragt werden. Dagegen kann dann von dem unterlegenen Teil innerhalb bestimmter Frist Einspruch erhoben werden. In diesem Falle gilt das erste Urteil nicht, obgleich es für vorläufig vollstreckbar erklärt werden kann. Beht der selbe Teil auch ein zweitesmal, so wird das erste Urteil rechtskräftig.

Wer also im Zivilprozeßwege einen Anspruch zu vertreten hat, darf nicht erwarten, daß der Gerichtsvorsteher die Dinge schon zurechtbeistellen werde. Selbst ist da der Mann, besonders am Gewerbegericht, wo Rechtsanwälte und andere geschäftsmäßig handelnde Personen zur Vertretung nicht zugelassen werden. Während der ganzen Dauer des Rechtsstreites muß jede Partei geschickt auf ihren Vorteil bedacht sein und zu rechter Zeit eingreifen. Zu rechter Zeit; denn der Arbeiter muß sich auch über den formalen Gang des Verfahrens unterrichten. Er kann nicht mit Reden und Anträgen dreinscharen, wann er will. Es kommt gar nicht selten vor, daß ein Kläger seine Sache erst gut führt, dann aber ganz irre wird, wenn er unzeitgemäß eingreift und dann vom Vorsitzenden zurückgewiesen wird. Das geschieht oft, wenn die Parteien bei der Zeugenvernehmung bereits „plädieren“ wollen. In der Regel ist der Gang der Verhandlung so, daß zuerst der Kläger seinen Anspruch begründet (was zu geschehen hat, auch wenn eine schriftliche Begründung dem Gericht schon eingereicht ist), und dann die Gegenpartei ihre Einwände macht. Beide Parteien geben ihre Beweismittel an. Wenn dies erledigt ist, wenn die Beweise erhoben sind, kommt die Zeit, wo die Parteien die Ergebnisse der Beweisaufnahme würdigen und zu ihren Gunsten werten können.

Oft muß man erfahren, daß der unwissende, geistig ungelente Rechtsfinder im Gefühl, der Beschäftigte zu sein, lospoltert und mit Kraftausdrücken das fehlende Geschick zu ersetzen sucht. Kraftmeierei ist aber immer ein Ausdruck der Schwäche, nicht der Kraft!

Der Arbeiter ist ja oft gezwungen, sein „Recht zu suchen“, wenn er nicht offenbar Unrecht erdulden will. Unrecht auch nach dem heutigen geschriebenen Recht. Deshalb ist es für ihn wichtig, wenn er den Gang des Verfahrens einigermassen kennt, sonst kann es vorkommen, daß sein „gerissener“ Gegner doch oben bleibt, obgleich er im Unrecht ist. Darüber hinaus muß aber immer im Auge behalten werden, daß das ausgebeutete Volk unter dem heutigen Recht wenig zu hoffen und zu erwarten hat. Vom Recht, das mit uns, den Arbeitern, geboren ist, ist immer noch, leider! nie die Frage bei der Rechtsfindung. Das Schulmädchen, als ob das Recht zugunsten des Schwachen da sei, ist im Klassenstaat eben ein Märchen. Das herrschende Recht ist im Gegenteil zugunsten der Mächtigen geschaffen, um die junkerlich-kapitalistische Ausbeutung- und Rentenmaschine in Gang zu halten: Sei im Besitze und du erobert ein Recht! Das Recht, das mit der Arbeiterschaft geboren ist, muß erst gegen die Herrschenden erkämpft werden. Es kann erst kommen, wenn die herrschenden Gewalten überwunden sind.

Der Stand der Produktionskräfte wechselt ständig, während die Wirtschaftsdornung und das sie umkleidende Recht nur sprunghaft und schleppend folgen, oft sogar erst, wenn die aus der Veränderung der Technik erwachsenden neuen Kräfte den erstarrten alten Formen einen kräftigen Stoß verleben.

Wir wollen ein für die Arbeiter besseres, ein soziales Recht; solange aber das herrschende Recht besteht, leiden wir darunter und müssen verdrüben, uns im gegebenen Falle mit ihm abzufinden, so gut es geht.

Der Zug zur Großstadt.

In vielen Berufen werden Klagen laut, daß in den Großstädten den verheirateten Verbandsmitgliedern durch den Zustrom junger Leute vom Lande die Arbeitsgelegenheit verkümmert wird. Diese Klage ist berechtigt, aber bisher gab es auch kein Mittel, diesen Zustrom aufhalten zu können. Nach der Großstadt drängt alles, dort hofft man die goldenen Berge anzustauen zu können, die einem das Leben verhelfen helfen. Es ist der innere Drang des jungen Arbeiters, in der Großstadt gewesen zu sein, denn nur dadurch glaubt er später völlig zur Geltung zu kommen, wenn er überhaupt einmal in einer Großstadt gearbeitet hat. Und so kommt es auch, daß in einigen Gewerkschaftsorganisationen die Arbeitslosenziffern immer steigen, weil vom Lande der Zustrom zur Stadt dauernd zunimmt.

Diese eigenartige soziale Erscheinung wird nun in der „Arbeitsmarktkorrespondenz“ folgendermaßen skizziert:

Die Abwanderung der jüngeren Arbeitskräfte nach den Großstädten, die schon seit Jahrzehnten auf dem platten Land und in den mittleren und kleineren Provinzstädten als eine große Kalamität empfunden wurde, wird jetzt auch den großstädtischen Arbeitern unbenommen. — Auf verschiedenen Gebieten des gewerblichen Lebens herrscht zurzeit in Berlin und in andern Großstädten ein besorgnis-

sem schwedischen Granit mit Relief, eine knieende Frau darstellend, mit einer Blume in der Hand. Unfreitrag ist dieses Denkmal hervorragend ausgeführt und wohl als das schönste mit anzusehen. Alle ausgestellten Objekte aufzuführen, geht nicht, deshalb nur diese kurze Betrachtung von Arbeiterseite. Die Preise für die Denkmäler sind durchaus nicht hoch zu nennen, sie sind verhältnismäßig niedrig.

Die Ausstellung muß im wahrsten Sinne des Wortes als vollkommen gelungen bezeichnet werden. Da kam uns erst recht zum Bewußtsein, wie töricht es ist, wenn einzelne Stadtverwaltungen das Hartgestein verbieten wollen. Die Frankfurter Ausstellung zeigt glänzend, daß man aus Granit die herrlichsten Denkmäler herstellen kann. Also, weniger Voreingenommenheit gegen dieses Gestein, weniger bürokratische Bestimmungen, und dann wird sich zeigen, daß der Granit ein erstklassiges Material für Grabdenkmäler abgibt. Die Frankfurter Ausstellung zeigt dieses in drastischer Weise.

Mit gebrochenen Flügeln.

O! wenn ich könnte wie ich möchte,
Wie so ganz anders sollt' es sein,
Wie wollt' ich alle meine Kräfte
Dem Dienst der guten Sache weihen;
Einst wollt' ich die Welt erklären,
Und Freiheitsdrang schwellt mir die Brust,
Jedoch ganz anders ist's geworden,
Vorbei des Lebens Freud' und Lust.
Ich tracht' nicht nach Lorbeerkränzen,
Mir galten Lob und Ruhm nicht viel,
Nur raitlos schaffen, nicht zu glänzen
War meines Lebens höchstes Ziel.
Ohnmächtig ballen sich die Hände
In grimmer, festverbissener Wut,
Nur einen Sieg noch, eh' zu Ende
Berglimmt der Funke Lebensmut.
O! wenn ich könnte, wie ich wollte,
Ich ständ als Kämpfer in den Reih'n.
Lebt wohl, lebt wohl, ihr Kampesbrüder,
Bald hüllt mich Mutter Erde ein.

Jenny Horn.

erregender Andrang am Arbeitsmarkt und eine auffallend große Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grunde sehen sich neuerdings verschiedene Arbeiterorganisationen genötigt, ihre jüngeren Mitglieder zur Abwanderung in die Provinz zu veranlassen.

In ähnlicher Weise wie der Holzarbeiterverband sucht auch die gewerkschaftliche Organisation der Buchdrucker und Schriftsetzer auf eine rationelle Verteilung des Angebots am Arbeitsmarkt hinzuwirken. Immer wieder wird in Zirkularen und in der Gewerkschaftspreise eine Entlastung des Arbeitsmarktes in den Großstädten zugunsten der Provinz verlangt, ferner sollen die jungen, ungebundenen Kollegen nachdrücklich auf die Notwendigkeit einer Abwanderung nach der Provinz hingewiesen werden. Nicht nur den aus der Provinz zugezogenen Arbeitskräften wird die Rückwanderung empfohlen, auch der großstädtische Nachwuchs wird darauf hingewiesen, daß er in den mittleren und kleineren Provinzbetrieben weit mehr Gelegenheit hat zu umfassender Weiterbildung als in den modernen Großbetrieben, in denen eine gewisse Einseitigkeit der Arbeitsweise vorherrscht.

Die „Holzarbeiterzeitung“ gelangt bei ihren Betrachtungen über dieses bedrohlich in die Erscheinung tretende Problem zu dem resoluten, aber den Kernpunkt richtig treffenden Schluß:

„Die Industrie dezentralisiert sich. In den Provinzstädten werden große Betriebe errichtet, mit deren Waren, insbesondere einfacheren Genres, die großstädtische Industrie nicht mehr konkurrieren kann. Diesem Zuge der Zeit müssen auch die Arbeiter folgen. Statt nach Berlin, Hamburg und den andern Großstädten zu drängen, müssen wir auf den Abzug der überschüssigen Arbeitskräfte hinwirken. Es mag manchen nicht leicht fallen, von einem ihm lieb gewordenen Orte zu scheiden, aber das eigene Interesse der Kollegen selbst sowie das Interesse der Organisation erfordert es, daß wir ernstlich den Gedanken propagieren: Abzug von Berlin, Abzug von den Großstädten!“

In der Steinindustrie hatten wir vor 1½ Jahrzehnt ja dieselben Verhältnisse. Die Großstädte wurden von Steinmetzen überlaufen. Dann trat die Erscheinung ein, daß die Steinmetzwerke direkt in die Steinbruchgebieten verlegt wurden. Und seit dieser Zeit strömen unsere Kollegen nicht mehr so den Großstädten zu, als wie dieses früher der Fall war.

Es kann konstatiert werden, daß auch andre Industrien immer mehr ländliche Distrikte aufsuchen, und durch die Schaffung von elektrischen Ueberlandzentralen ist den Industrien hinlänglich Gelegenheit gegeben, die Kraft zur Produktion billig beziehen zu können. Wir werden also sehen, daß die Massenzwanderung der Proletarier nach den Großstädten kaum mehr merklich zunehmen wird. Und es liegt auch im Interesse der Arbeiterschaft selbst, wenn auf dem Lande eine starke Industrie entsteht. Die Arbeiterbewegung kommt dadurch in die Lage, ihren Einfluß auch auf dem Lande immer mehr zu steigern.

Kosten des Berliner Straßenpflasters.

Einen interessanten Ueberblick über die Kosten der einzelnen Pflasterarten ergibt eine Bekanntmachung des Berliner Magistrats, die sich auf die durchschnittlichen Preise der Jahre 1909—1911 stützt.

A. Steinpflaster:

1. Für Lieferung eines Quadratmeters Pflastersteine einschließlich Aufstellkosten 9.76 Mk.
 2. Für Herstellung eines Quadratmeters neuen Pflasters einschließlich Unterbettung und Aufstellkosten:
 - a) auf fester Unterbettung (Hauptstraßen) 5.09 + 0.25 = 5.28 „
 - b) auf Kiesunterbettung (Nebenstraßen) 3.61 + 0.25 = 3.86 „
- Mithin für einen Quadratmeter insgesamt:
- a) für Hauptstraßen 9.76 + 5.28 = 15.04 „
 - b) für Nebenstraßen 9.76 + 3.86 = 13.62 „

Die Kosten für die Jahre 1909—1911 stellen sich auf Grund der Durchschnittspreise der Jahre 1906—1908 auf 15,65 bzw. 14,10 Mk.

Der niedrige Einheitspreis erklärt sich einerseits durch billigere Angebote der Steinpreise und durch die bei den öffentlichen Bedingungen der Pflasterarbeiten erzielten billigen Preise.

Der Magistrat empfiehlt, die Kosten für die Neupflasterungen in den kommenden drei Jahren auf 15,05 Mk. bzw. 13,60 Mk. abzurunden.

B. Asphalt- und Holzpflaster:

1. Für die Herstellung eines Quadratmeters Asphaltpflasters einschließlich Lieferung aller Baustoffe und einschließlich Aufstellkosten . . . 12.50 + 0.25 = 12.75 Mk.
2. Für Herstellung eines Quadratmeters Holzpflasters aus schwedischem Weich- (Kiefern) Holz einschließlich Lieferung aller Baustoffe und einschließlich Aufstellkosten 16.25 + 0.25 = 16.50 „
3. Für Herstellung eines Quadratmeters Holzpflasters aus australischem Hartholz einschließlich Lieferung aller Baustoffe und einschließlich Aufstellkosten 20.50 + 0.25 = 20.75 „

Auf Grund der Durchschnittspreise für die Jahre 1906—1908 stellen sich die Einheitspreise für die unter B 1., 2. und 3. angegebenen Pflasterarten auf 12,75 bzw. 20,05 Mk.

Die Erhöhung der Preise zu B 2. und 3. für Holzpflaster erklärt sich hauptsächlich aus der Steigerung der Arbeitslöhne für den Unternehmer und dem Anziehen der Holzpreise. Für die drei Jahre 1909, 1910 und 1911 wurden für jede Holzpflasterart und jedes Jahr bestimmt, daß gleich bleibende Preise gezahlt.

Für die Berechnung der Kosten der Entwässerung schlägt der Magistrat im Einverständnis mit der Deputation für die Kanalisationswerke und Güter Berlins vor, auch für die Jahre 1912 bis 1914 den Einheitspreis für das laufende Meter Grundstücksstraßenfront auf 70 Mk. festzusetzen.

Nach den von der Deputation der städtischen Gaswerke angelegten Berechnungen stellen sich die Kosten der Beleuchtungsrichtungen für 1 Meter Grundstücksstraßenfront im Mittel auf 7,82 Mk.

Die ortstatutarischen Kosten für die in den Rechnungsjahren 1912 bis 1914 neugepflasterten Straßen werden demgemäß wie folgt vorgeschlagen:

- I. Für das zur ersten Pflasterung verwendete Material einschließl. seines Einbaues in den Straßenkörper:
 - A. bei Steinpflaster für Hauptstraßen auf . . . 15.05 Mk.
 - für Nebenstraßen auf 13.60 „
 - B. bei Asphaltpflaster auf 12.75 „
 - bei Pflaster aus schwedischem Kiefernholz auf 16.50 „
 - bei Pflaster aus Hartholz 20.75 „
- für das laufende Meter;
- II. Für die Kosten der Entwässerung auf 70.00 „
 - für die Kosten der Beleuchtungsrichtung der Straßen auf 7.50 „
- für das laufende Meter Grundstücksstraßenfront.

Leider kann man nicht erfahren, wie hoch sich die Reparaturkosten bei den einzelnen Pflasterarten stellen. Zweifellos erfordern Asphalt und Holzpflaster enorme Unterhaltungskosten. — Da man in Berlin vielleicht Gründe, diese Unkosten nicht bekannt werden zu lassen?

Kollegen! Seid unausgesezt tätig für eure Organisation!